

Stenographisches Protokoll.

169. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Dienstag, den 20. Februar 1923.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen, Immunitätsangelegenheit Abram (5257).*)

Regierungsvorlagen: 1. Vom 1. Dezember 1922 bis 31. Jänner 1923 für das Burgenland erlassene Verordnungen (5258).

2. Zweiter Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für 1923 (B. 1398) unter Zurückziehung des ersten Entwurfes (B. 1264) — (5257).

3. Aufhebung des Gesetzes, betr. die Steuerfreiheit von Weihnachtsremunerationen der Arbeiter und Angestellten (B. 1399) — (5257).

Verhandlungen: 1. Erste Lesung des Antrages auf Änderung der Geschäftsordnung (B. 1373) — Doktor Ellenbogen (5258), Dr. Weiskirchner (5260) — Zuweisung an den Verfassungsausschuß (5261).

2. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 1287), betr. die Errichtung und Erhaltung ländlicher Fortbildungsschulen in Kärnten (B. 1376) — Berichterstatter Dr. Angerer (5261) — 2. u. 3. Lesung (5262).

3. u. 4. Berichte des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (B. 1159), betr. die Erhöhung der Geldstrafen im Standesstraßverfahren wider Notare und Notariatskandidaten (B. 1396) und wider Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter (B. 1397) — Berichterstatterin Rudel-Beynef (5262) — 2. u. 3. Lesung (5262).

Dringliche Anfrage: Hanusch an die Bundesregierung, betr. die produktive Erwerbsloosfürsorge (5258) — Hanusch (5262), Minister Schmidt (5267), Dr. Deutsch (5269), Steinegger (5273).

Ausschüsse: Wahl Gruber als Mitglied in den Heeresauschuß an Stelle Scheffauer, Otto Mayer als Ersatzmann in den Heeresauschuß an Stelle Gruber und Glöckel als Ersatzmann in den Finanz- und Budgetauschuß an Stelle Frau Freundlich (5275).

Zuweisung der B. 1380 an den Auschuß für Erziehung und Unterricht, der B. 1385, 1388, 1389, 1391, 1392, 1393, 1395 an den Finanz und Budgetauschuß, der B. 1377, 1384, 1386 an den Justizausschuß, der B. 1379 an den Auschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, der B. 1387 an den Auschuß für Land- und Forstwirtschaft, der B. 1378, 1383, 1390 an den Auschuß für soziale Verwaltung (5275).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Schneidmabl, Pölzer, Viehauer, Hermann, Hammerstorfer, Gabriel, Weiser, Morawitz, Gesetz über landwirtschaftliche Pachtverträge (B. 1400);

2. Lenz, Bretschneider, Schneidmabl, Polke, Hochwasserkatastrophe in Stein an der Donau (B. 1401);

3. Eichenhut, Födermayr, Scharfegger, Geisler, Niedrist, Luttenberger, Dr. Krüner, Gruber, Tarifermäßigung für einige landwirtschaftliche Produkte und Produktionsmittel (B. 1402).

Anfragen: 1. Schön, Morawitz, Sailer: Verkehrsminister, betr. Veräußerungen von Bundesbahnen im Burgenland (498/I);

2. Freundlich, Popp, Probst: Vizekanzler, betr. Unterbleiben der Durchführung des Antrages Rudel-Beynef zum Gesetz über die Volkszählung (499/I);

3. Dr. Schmidt: Bundesregierung, betr. Maßnahmen gegen den drohenden Verfall des Wiener Stephansdomes (500/I);

4. Wollinger: Minister für Äußeres und Finanzen, betr. Regelung der Ruhegenüsse und Auszahlung der Pensionen an im Burgenland wohnende und heimatberechtigte ehemalige Tabakfabrikarbeiter der ungarischen Tabakfabrik St. Gotthard (501/I);

5. Dr. Straßner: Finanzminister, betr. die Bankumsatzsteuer von den Tagelohnern der Banken (502/I);

6. Kollarz, Dr. Angerer: Bundesregierung, betr. Durchführung der Entschliebung des Nationalrates zum Pensionsgesetze 1921 bezüglich der nicht auf Rechtsansprüchen beruhenden Versorgungsgenüsse (503/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 1375, 1398, 1399; Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht B. 1376; Berichte des Justizausschusses B. 1396, 1397.

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 8. und 9. Februar für genehmigt.

Dr. Gärtler, Dr. Ramek und Paulitsch haben sich krank gemeldet,

Das Bezirksgericht Innsbruck zieht das gegen Abram gestellte Auslieferungsbegehren zurück.

Die Bundesregierung übermittelt unter Zurückziehung des ersten Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes für 1923 (B. 1264), den zweiten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für 1923 (B. 1398); ferner eine Regierungsvorlage auf Aufhebung des Gesetzes, betr. die

*) Die Zahlen bedeuten, sofern ein „B.“ vorgelegt, die Nummern der Beilagen, sonst die Seiten des stenogr. Protokolls.

Steuerfreiheit von Weihnachtsremunerationen der Arbeiter und Angestellten (B. 1399).

Das Bundeskanzleramt legt die in der Zeit vom 1. Dezember 1922 bis 31. Jänner 1923 auf Grund des § 6 des Bundesverfassungsgesetzes über das Burgenland ergangenen Verordnungen vor.

Eine dringliche Anfrage Hanusch lautet:

Dringliche Anfrage des Abg. Hanusch u. Gen. an die Bundesregierung, betr. die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Mit dem Bundesgesetz vom 19. Juli 1922 wurde in Österreich eine produktive Erwerbslosenfürsorge nach reichsdeutschem Muster eingeführt. Obwohl sie also schon seit mehr als einem halben Jahr besteht und obwohl die Vorteile dieser Einrichtung in Deutschland in ausreichendem Maße erprobt worden sind, ist in Deutschösterreich von der Durchführung des Gesetzes nahezu nichts zu bemerken.

Mit einer geradezu auffallenden Lässigkeit vermeidet das Bundesministerium für soziale Verwaltung jede Initiative in der Bekämpfung der seit dem Sommer eingetretenen Massenarbeitslosigkeit, es hat bisher fast nichts getan, um die in Betracht kommenden Faktoren also, die Länder, Bezirke und Gemeinden bei der Erlangung der Beihilfen zu fördern oder auch nur zu erheben, welche Arbeitsgelegenheiten durch die produktive Erwerbslosenfürsorge geschaffen werden könnten. Es hat den Anschein, daß sich das Ministerium darauf beschränken will, die Unterstützungen zur Auszahlung zu bringen und den staatlichen Anteil hierfür ständig herabzudrücken, daß ihm aber die Verwendung der notwendigen Mittel zu Zwecken der produktiven Erwerbslosenfürsorge gleichgültig ist.

Die Gefertigten richten daher an die Bundesregierung die Fragen:

„1. Was hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung bisher veranlaßt, um die im Juli 1922 eingeführte produktive Erwerbslosenfürsorge zu fördern?

2. Gedenkt das Bundesministerium für soziale Verwaltung bei seiner bisherigen Untätigkeit zu verbleiben und sich mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch die bloße Gewährung der Unterstützungen zu begnügen?

3. Ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung bereit, endlich einmal initiativ in der Behandlung der produktiven Erwerbslosenfürsorge aufzutreten?“

Wien, 20. Februar 1923.

Hanusch. Ebner. Eisler. Ellenbogen. Dr. A. Renner. Sever. R. Seitz. Probst. Schlager. Widholz. Hölzl. Bretschneider. Schiegl. Lenz. Sailer. H. Mayrhofer. Rauscha. Stika. Schneidmabl. Falle. Polke. Allina.

Es wird zur I. D. übergegangen, das ist zunächst die 1. Lesung des Antrages Fink, Dr. Straßner, betr. die Änderung einiger Bestimmungen der Geschäftsordnung (B. 1373).

Dr. Ellenbogen: Hohes Haus! Mit dem Wesen des Antrages, der in Verhandlung steht, sind wir im Prinzip einverstanden. Wir sind auch durchaus nicht dagegen, daß dieser Antrag dem Ausschusse zur Behandlung zugewiesen werde. Wir sehen die Notwendigkeit der Erspargungen in der Geschäftsführung des Hauses durchaus ein. Ich möchte aber diese Gelegenheit benutzen, um die Frage der Führung der Geschäfte des Hauses hier einmal zur Sprache zu bringen, die, wie mir scheint, von keiner Seite genügende Beachtung erfährt. Vor allem ist zu beklagen, daß sich die Regierung um die Geschäfte des Hauses zu wenig kümmert. Der Regierung liegt natürlich nichts anderes im Sinn, als die Befehle des Herrn Generalkommissärs zu erfüllen, der, wie mir scheint und wie es in der Öffentlichkeit allgemein den Eindruck macht, über die in den Genfer Protokollen ihm zugewiesenen Befugnisse hinausgeht und sich in Dinge mischt, die durchaus nicht in sein Ressort gehören. Die Frage, ob diese Überschreitung seiner Befugnisse von manchen Regierungsmitgliedern nicht gerne gesehen wird, wie zum Beispiel in der Frage der Wehrmacht, die ja den meisten Mitgliedern der rechten Seite des Hauses und vor allem den Herrn Minister für Heereswesen ein Dorn im Auge ist, will ich unbeantwortet lassen. Sonst aber, außer dieser Beschäftigung, die Befehle des Herrn Generalkommissärs zu erfüllen, scheint die Regierung, soweit es sich um das Haus handelt, keine Sorgen zu haben, höchstens daß sie dann und wann die Einseitigkeit dieser ihrer Tätigkeit durch etwas Rassenforschung unterbricht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß die Blamage in dieser Sache auf unserer Seite, speziell auf meiner Seite sein wird.

Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß das hohe Haus und die Regierung auch noch andere Aufgaben haben, als eben nur Genf im Auge zu haben. Es gibt Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltungsgesetzgebung, der Rechtsordnung, der Sozialpolitik, ja auch auf dem Gebiete der Agrarordnung, also Fragen, von denen man meinen sollte, daß sie die Majorität des Hauses außerordentlich interessieren. Von alledem ist aber gar keine Rede; wir arbeiten monatelang, kommen manchmal wochenlang nicht zusammen, es macht sich kein Bedürfnis geltend, auf diesen Gebieten fortzuschreiten, ich meine auf dem Gebiete der Gesetzgebung in diesen Hinsichten, die ich soeben genannt habe und die, sollte man meinen, die Genfer Frage nicht zu stören geeignet sind. Wir können die übrigen Dinge durchaus auch nebenher ordnen. Wenn ich von der Agrarfrage gesprochen habe, so meine ich damit, daß eine Ordnung unseres Agrarwesens eine

unerlässliche Vorbedingung jeder finanziellen Sanierung und der Sanierung unserer Volkswirtschaft ist. Mit der Mathematik allein werden wir eine Ordnung nicht herbeiführen.

Ich bin wohl verpflichtet, die Behauptung, daß auf den Gebieten der übrigen gesetzgeberischen Tätigkeit in diesem Hause entweder gar nichts oder zumindest zu wenig geleistet wird, zu beweisen. Zunächst erlaube ich mir, darauf aufmerksam zu machen, daß die geehrte Mehrheit der wichtigsten Aufgabe des Hauses, nämlich auf ordentlichem Weg ein Budget zu erstellen, nunmehr schon beinahe zwei Monate — wobei ich die Zeit vor dem 31. Dezember ganz außer Acht lasse — geradezu ängstlich aus dem Wege geht. Die Regierung unterstützt diese Sabotage des Budgetausschusses, indem sie sich nicht entschließen will, ein neues Budget einzubringen — ich entnehme den Zeitungen, daß die Absicht, ein solches einzubringen, neuerdings verschoben worden sein soll. (*Ruf: Es ist heute eingebracht worden!*) Es ist also eingebracht worden. Ich nehme das mit Vergnügen, das mit einigem Bedauern gemischt ist, zur Kenntnis, denn es sind doch seit dem 1. Jänner über sechs Wochen vergangen und ein solches Budget sollte eigentlich mehrere Wochen vor dem Ende des Budgetjahres im Hause eingebracht werden. Das ist nun eine sehr bedauerliche Tatsache und es bedeutet das doch eigentlich eine Herabsetzung der Bedeutung des Parlaments, die über den Rahmen von Genf hinaus geht.

Meine Herren! Sie von der Majorität haben ja freudigen Herzens oder doch mindestens ohne Bedenken zugestimmt, daß wir das Kontrollrecht des Nationalrats wesentlich einschränken; daß Sie aber noch weiter gehen, als es selbst die Herren vom Völkerbunde verlangen, und auch noch das Ihnen noch übrig gebliebene Recht einschränken und die Budgetverhandlung als etwas Nebensächliches betrachten, ist meiner Ansicht nach doch nicht notwendig. Außer diesen Budgetvorlagen sind nach meinen Forschungen — wenn ich so sagen darf — bisher 67 Regierungsvorlagen unerledigt geblieben. (*Hört! Hört!*) Unter diesen Regierungsvorlagen sind nicht etwa gleichgültige; darunter befinden sich das Bezirksverwaltungs-gesetz, das Personalvertretungs-gesetz, die Strafgesetznovelle (*Hört!*), zu der auch ein Initiativantrag von sozialdemokratischer Seite eingebracht wurde, das Invaliditätsversicherungsgesetz (*Hört!*), auch mit einem Antrage von sozialdemokratischer Seite, das Kapitalgewinnsteuergesetz, das Verwaltungsstrafgesetz, das — wie wir hören — in den letzten Tagen endlich aus dem Schutt hervorgezogen und in einem Ausschusse zur ersten Verhandlung gebracht wurde, das Vereinsgesetz (*Hört!*) usw. Das sind die wichtigsten Regierungsvorlagen. Meine Herren! Ich verweise aber außer-

dem darauf, daß von 487 Initiativanträgen erst 184 erledigt wurden, zwei Drittel, also eine Zahl, die über 300 geht.... (*Abg. Steinegger: Wir haben schon viel zu viel Gesetze!*) Wir haben schon zu viel Gesetze? Es scheint aber, geehrter Herr Kollega, nach den vielen Anträgen, die auch Ihre Mehrheit einbringt, daß bei Ihnen diese Einsicht noch nicht weit vorgeschritten ist. (*Zwischenrufe.*) Es mag sein, daß eine Reihe von Gesetzen überflüssig ist, aber dann sollten Sie wenigstens die wichtigsten unter den noch nicht gemachten hervorziehen und sie einer Verhandlung unterziehen. Ich bin überzeugt, verehrter Herr Kollege Steinegger, daß Ihre eigenen Freunde unter den Wählern sehr wenig davon erbaut sein werden, wenn Sie etwa das Invalidenversicherungsgesetz zu den überflüssigen Gesetzen rechnen. (*Abg. Steinegger: Darüber läßt sich sprechen!*) Sie machen also schon selbst Einschränkungen. Damit Sie aber sehen, verehrter Herr Kollege, daß unter den Gesetzesvorschlägen, die auf Initiativanträgen beruhen, solche sind, die sehr wichtig sind, verweise ich unter anderem auf das schon genannte Invaliditätsversicherungsgesetz, über das außer einer Regierungsvorlage auch noch ein Initiativantrag vorliegt. Ich verweise weiters auf das Apothetengesetz, das Gendarmengesetz, das Polizeidienstgesetz, die Kinderversicherung (*Hört!*), das Gesetz, betr. Mindestgehälter für Angestellte (*Hört!*) das Hebammengesetz, die Frage der Siebigkeiten an Kirchen, Eherecht usw., die von den Herren freilich mit vollem Bewußtsein zurückgestellt werden, aber schließlich müssen sie doch behandelt werden. Sie sollten diese Fragen doch nicht einfach so behandeln, daß Sie sie gar nicht in Verhandlung ziehen. Auf alle diese Fragen, die Millionen von Menschen in Österreich berühren und interessieren, muß doch endlich einmal die Gesetzgebung eine Antwort geben.

Nun, meine Herren, alle diese Rückständigkeiten, die Tatsache, daß wir uns unserer Verpflichtung — denn wir sind dazu gewählt, um nicht zu sagen, bezahlt — unsere gesetzgeberische Pflicht zu erfüllen und alles das, was in Österreich in der Monarchie und in Jahrhunderten vernachlässigt wurde, in der Republik endlich zu erfüllen, entziehen, hat aber auch die Unannehmlichkeit, daß die ganze Zeiteinteilung des Parlaments, wie mir der verehrte Herr Präsident des Hauses zugeben wird, sehr leidet. Wir sehen einander wochenlang nicht, wir kommen nicht zusammen. Diese Dinge sind für den einzelnen Abgeordneten äußerst peinlich, sind mit großer Umständlichkeit verbunden und sind natürlich für die Führung der Geschäfte des Hauses von größtem Nachteil.

Ich benutze also diese Gelegenheit, um den Finger auf diese schwärende Wunde zu legen und die Mehrheit des Hauses darauf aufmerksam zu machen, daß es hier eine Pflicht zu erfüllen gibt

und ich würde sehr dankbar dafür sein, wenn auch der Herr Präsident des Hauses sich dieser Sache annehmen und mitzählen würde und der Anregung Rechnung trüge, daß eine fleißigere Arbeit als bisher in den Ausschüssen geleistet werde, zu welchem Zweck eine Aufforderung an die betr. Obmänner und an die Parteien von wesentlichem Nutzen sein würde. (Beifall.)

Dr. Weiskirchner: Hohes Haus! Der Antrag der Abg. Fink und Straßner, welcher sich auf eine Abänderung der Geschäftsordnung bezieht und deshalb einer ersten Lesung in diesem hohen Hause unterzogen werden muß, ist einer Anregung, welche ich in der Obmännerkonferenz am 10. Jänner d. J. gegeben habe, entsprungen. Diese Anregung bezog sich darauf, daß der Nationalrat, der so viel Sparmaßnahmen beschließt, auch bei sich selbst zu sparen anfangen soll, und zwar bezog sich meine Anregung insbesondere auf eine Ersparung bei den Druckkosten. Warum bin ich darauf gekommen? Ich habe hier zwei Rechnungen der Staatsdruckerei über die Druckkosten des Nationalrates. Die eine Rechnung ist aus dem November 1922 und beläuft sich auf einen Betrag von 98,352.000 K, die zweite Rechnung ist aus dem Dezember und beläuft sich auf 112,857.000 K. Es sind das Beträge, welche sich nicht immer in den Rechnungen zeigten, sondern die erst im Laufe der Zeit so hoch geworden sind. Ich habe mir eine Zusammenstellung über die Auslagen für die Druckkosten im Verlaufe des Jahres machen lassen. Während im Jänner das stenographische Protokoll einen Betrag von 1,862.000 K erforderte, belief sich die Rechnung für diese Druckkosten im Dezember auf 67,444.000 K. Die Kosten für die Beilagen, Regierungsvorlagen, Berichte und Anträge betrugen im Jänner 972.000 K, im Dezember 33,689.000 K. Wenn ich die wesentlichsten Druckkosten des Hauses hervorhebe, also das stenographische Protokoll, die Anfragen, die Anfragebeantwortungen, die Beilagen und dann noch — eine ständige Position in den Rechnungen der Staatsdruckerei — die Autorkorrekturen, Überstunden usw., so wurde im Jahre 1922 ausgegeben: für das stenographische Protokoll 152,838.000 K, für Anfragen und Anfragebeantwortungen 26,400.000 K, für die Beilagen 183,341.000 K. Das sind Erfordernisse, welche nach meiner Meinung viel zu hoch sind, als daß wir in dieser Weise unsern Betrieb fortführen könnten.

Hohes Haus! Wenn ich von den Druckkosten das stenographische Protokoll in erster Linie bespreche, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Landtage von Wien, von Oberösterreich, ich glaube auch Niederösterreich und Salzburg beschlossen haben, von der Drucklegung der stenographischen Protokolle ihrer Körperschaft überhaupt abzusehen. In der

Obmännerkonferenz haben wir auch über diesen Punkt gesprochen; in der Obmännerkonferenz wurde auch die Anregung gegeben, ob man nicht die Protokolle nur in einer entsprechend geringeren Anzahl von Exemplaren auf Stein abziehen solle. Ich habe diese Sache gründlich durchforscht. Ich bin zu dem Resultate gekommen, daß die Vervielfältigung im Wege des Steinabzuges erstens einmal nur eine beschränkte Anzahl von Exemplaren zutage brächte und zweitens, daß das Format ein unhandliches wäre. Ich muß gestehen, daß auch das, was ich von den Protokollen der Gemeinde Wien gesehen habe, mich nicht zur Nachahmung anreizt. Ferner haben wir von alters her einen gewissen Austauschverkehr mit Parlamenten des Auslandes, mit Bibliotheken. Auch die Gerichte, Notare, Advokaten brauchen das stenographische Protokoll und ich muß gestehen, daß eine solche Reduzierung der Auflage, wie sie durch Steinabdruck herbeigeführt worden wäre, entschieden dem Prinzip der Publizität widersprochen hätte.

Anders ist es, wenn wir bei den Protokollen eine gewisse Verkürzung durchführen. Nach § 49 der Geschäftsordnung soll das Protokoll im Druck veröffentlicht werden und soll eine vollständige Darstellung des Verlaufes der Verhandlung geben. Ich glaube, die meisten Herren haben das letzte Protokoll, das verkürzt in Druck gelegt wurde, bereits in Händen gehabt. Die Reden der Abgeordneten bleiben unverändert. Die Vorlagen werden unverkürzt zitiert. Was wird geändert? Es werden gewisse typographische Ausstattungen vereinfacht. Der fette Druck ist teuer; so machen wir halt einen mageren, wie es unserer Zeit entspricht. Gewisse Formalitäten — Sie erleben es ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle, wie viele Worte der Vorsitzende gebrauchen muß, wenn ein Ausschußantrag in zweiter und dritter Lesung erledigt werden soll. Das sind Redewendungen aus der Geschäftsordnung. Es genügt, wenn das stenographische Protokoll enthält: Der unveränderte Ausschußantrag wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ich glaube, daß das Protokoll auch in seiner verkürzten Form — und ich möchte gerade da hervorheben, daß Herr Hofrat Fleischner mich mit seinem freundlichen Rat sehr wirksam unterstützt hat — eine vollständige Darstellung des Verlaufes der Verhandlung bietet, daß es daher der Geschäftsordnung entspricht und daß wir wegen des stenographischen Protokolls keine Abänderung der Geschäftsordnung brauchen, ebenso wie ich auch glaube, daß der Schlüssel der Verteilung zu ändern ist und daß wir auch in dieser Beziehung Ersparungen erzielen können. Wenn ich noch eine Zahl nennen darf, so möchte ich hervorheben, daß dieses in seiner Ausstattung verkürzte Protokoll um 25 bis 30 Prozent billiger kommt als das bisherige unverkürzte. Ich bin der Meinung,

daß wir, wenn sich auch der Verfassungsausschuß mit dieser Frage befaßt, nicht die Drucklegung ersparen sollen; wir bleiben bei der Drucklegung, führen aber die Ersparungen, wie ich sie soeben gekennzeichnet habe, durch und haben damit unserer Pflicht, zu sparen, ebenfalls genügt.

Eine zweite Bestimmung betrifft die Anfragen und die Anfragebeantwortungen. In dieser Beziehung ist der § 65 des Bundesverfassungsgesetzes von Bedeutung. Ich glaube, daß wir die Drucklegung der Anfragen und Anfragebeantwortungen unterlassen können. Die Anfrage bleibt ein Bestandteil der Verhandlungen des Hauses. Sie wird in der Kanzlei zur Einsicht aufgelegt und es könnte dann noch eingeführt werden, daß sowohl diese Anfragen als auch die Anfragebeantwortungen im Wege der „Staatskorrespondenz“, durch Beilagen derselben Publizität erlangen. Im großen und ganzen sind die Anfragen meistens lokaler Natur, sie betreffen einzelne Fragen, die nicht von weitgehender Bedeutung sind. Ich glaube schon, daß wir auf diese Weise ebenfalls eine wesentliche Ersparnis erzielen.

Dann ist in unserer autonomen Geschäftsordnung vorgesehen, daß jeder selbständige Antrag eines Abgeordneten in Druck zu legen ist. Die Anträge der Ausschüsse bleiben unverfützt, die Vorlagen der Regierung bleiben unverfützt. Sie sollen druckfertig den Mitgliedern des Hauses zur Verfügung gestellt werden. Aber die selbständigen Anträge der Abgeordneten erwachsen erst zu einer Bedeutung, wenn sie Gegenstand der Verhandlung sind.

Es hat ferner der Abg. Ellenbogen darüber geklagt, daß es das Haus an Fleiß mangeln lasse. Ich muß leider auch ein Beispiel dazu geben. Ich habe mir zusammenstellen lassen, wie viele selbständige Anträge der Abgeordneten in diesem Nationalrat eingebracht und wie viele bisher behandelt wurden. Von 487 im Nationalrat eingebrachten Initiativanträgen haben bisher nur 184 eine Behandlung erfahren. (*Hört! Hört!*) 303 Anträge sind bisher einer Behandlung nicht zugeführt worden. Ich glaube auch, daß es die Öffentlichkeit ganz sonderbar auffaßt, wenn der Abgeordnete hier einen Antrag einbringt, sich aber mit der Einbringung zufrieden gibt und sich um das Schicksal seines Antrages nicht weiter kümmert. Ich glaube, meine verehrten Damen und Herren, daß das ein Argument für mich ist, wenn ich sage: die Anträge sollen erst dann in Druck gelegt und verteilt werden, wenn sie auch in eine ernste Verhandlung genommen worden sind. Auch hier wäre es möglich, daß diese Anträge im Wege der Staatskorrespondenz zur Veröffentlichung kommen; das ist aber eine Sache, mit der sich die Geschäftsordnung nicht unmittelbar zu befassen hätte.

Der Antragsteller hat zum Schluß, was die Behandlung des Antrages anbelangt, ersucht, denselben dem Verfassungsausschuße zuzuweisen. Ich habe selbstverständlich nichts dagegen, obwohl seinerzeit zur Beratung der Geschäftsordnung ein eigener Geschäftsordnungsausschuß vom Hause eingesetzt worden ist.

Meine verehrten Damen und Herren! Dem Appell des Herrn Kollegen Dr. Ellenbogen schließe ich mich vollinhaltlich an. Ich habe erst in einer der letzten Sitzungen am Schluß derselben einen Appell an das Haus gerichtet, die Ausschüsse in Tätigkeit zu versetzen. Über 300 Anträge der Abgeordneten liegen unerledigt. Wäre das nicht allein schon ein überreiches Arbeitsmaterial? Ich kann heute, wenn ich als Redner hier spreche, auch meinerseits nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß das Haus in den Ausschüssen eine viel intensivere Tätigkeit entfalte, damit wir dann auch das Material in das Haus bekommen.

Was den Antrag selbst anbelangt, so bitte ich das hohe Haus, denselben dem Verfassungsausschuße zuzuweisen. Ich habe meine Pflicht erfüllt, indem ich als verantwortlicher Vorstand und Leiter des Bureaus dieses hohen Hauses die Anregung gegeben habe. Ich bitte den Ausschuß mit aller Beschleunigung in die Beratung einzutreten, um dem Haus eine Vorlage zu unterbreiten. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Der Antrag wird dem Verfassungsausschuße zugewiesen.

Der nächste Gegenstand der T. O. ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 1287), betr. die Errichtung und Erhaltung ländlicher Fortbildungsschulen in Kärnten (B. 1376).

Berichterstatter Dr. Angerer: Hohes Haus! Der Kärntner Landtag hat im vergangenen Jahre ein Gesetz über die Errichtung und Erhaltung ländlicher Fortbildungsschulen im Lande Kärnten beschlossen. Zwei Länder, Vorarlberg und Salzburg, besitzen bereits ähnliche Gesetze. Das Land Kärnten ist also das dritte unter den österreichischen Bundesländern, die sich mit diesem wichtigen Gegenstande beschäftigt haben.

Es muß als außerordentlicher Fortschritt bezeichnet werden, daß gesetzlich festgelegt wird, daß auch über die Volksschule hinaus noch eine Fortbildung zu bestehen hat, und zwar nach dem Gesetze, das der Kärntner Landtag beschlossen hat, für die Zeit vom 14. bis zum 17. Lebensjahre. Die Fortbildungsschule wird als Pflichtschule erklärt und soll in allen jenen Gegenden errichtet werden, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung überwiegt und wo mindestens 20 Schüler oder Schülerinnen sich finden. Der Zweck dieser Schulen ist, eine weitere allgemeine Ausbildung über die Volksschule hinaus

und eine spezielle berufliche Fortbildung im Interesse der Landwirtschaft zu vermitteln. Daher sind auch jene Kinder, die sich dem gewerblichen Berufe widmen und gewerbliche Fortbildungsschulen besuchen, von der Pflicht zum Besuche dieser ländlichen Fortbildungsschulen befreit.

Der Unterricht soll landwirtschaftliche Berufskunde, Rechnen und Sprachunterricht, Heimat- und Bürgerkunde und Gesundheitslehre, für die weibliche Jugend überdies auch Haushaltungskunde betreffen. Der Unterricht erfolgt auf Grund eines dreijährigen Lehrplanes, da die Kinder diese Schulen vom 14. bis zum 17. Lebensjahre besuchen, und zwar in der Regel in mindestens fünf Unterrichtsstunden wöchentlich. Der Unterricht soll in der Zeit von Anfang November bis Mitte Mai, also in den Wintermonaten, erteilt werden.

Was die Verwaltung anbelangt, so ist festgesetzt, daß der Ortschulrat, in weiterer Linie der Bezirks- und Landeschulrat und als oberste Instanz das Ministerium für Inneres und Unterricht im Einvernehmen mit dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Verwaltung berufen sind.

Die Kosten für die Erhaltung werden, soweit die sachlichen Bedürfnisse in Betracht kommen, die betreffenden Gemeinden tragen, die Kosten für die persönlichen Bedürfnisse, also die Kosten der Ausbildungskurse und Lehrerkonferenzen, die Kosten der Fachinspektion, des Personalaufwandes und der Vergütungen an die Mitglieder des Beirates, welcher die Vorberatungen für den Landeschulrat zu pflegen hat, übernehmen zur Hälfte das Land, zur Hälfte der Bund.

Dies ist im großen und ganzen der Inhalt des vom Lande Kärnten beschlossenen Gesetzes.

Die Regierung hat diesen Gesetzesbeschluß dem Nationalrat zur Fassung eines gleichlautenden Bundesgesetzes vorgelegt. Der Ausschuß für Erziehung und Unterricht hat sich in seiner Sitzung vom 9. Februar d. J. mit der Vorlage beschäftigt und sie einstimmig angenommen. Ich habe daher das hohe Haus im Namen des Ausschusses für Erziehung und Unterricht zu bitten, den Antrag des Ausschusses zu genehmigen, welcher lautet (*liest*):

„Dem Gesetzentwurfe, 1287 der Beilagen, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.“

Das Gesetz wird in 2. u. 3. Lesung nach dem Antrage des Ausschusses unverändert angenommen.

Der nächste Punkt der T. O. ist der Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (B. 1159), betr. die Erhöhung der Geldstrafen im Standesstrafverfahren wider Notare und Notariatskandidaten. (B. 1396).

Berichterstatterin **Rudel-Beynek**: Hohes Haus! Es ist mir die Aufgabe zugefallen, im Namen des Justizausschusses über die Vorlage der Bundes-

regierung 1159 d. B. zu berichten. Es handelt sich um die Erhöhung der Geldstrafen im Standesstrafverfahren wider Notare und Notariatskandidaten. Die infolge der Geldentwertung eingetretene Notwendigkeit der Erhöhung der Straffsätze bedarf keiner weiteren Begründung. Ich verweise daher auf den Bericht des Ausschusses und lege dem hohen Hause die Vorlage zur Zustimmung vor.

Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung nach dem Antrage des Ausschusses unverändert angenommen.

Der letzte Gegenstand der T. O. ist der Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (B. 1158), betr. die Erhöhung der Geldstrafen im Standesstrafverfahren wider Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter (B. 1397).

Berichterstatterin **Rudel-Beynek**: Im Namen des Justizausschusses habe ich die Ehre, auch über die Nummer 1158 d. B. zu berichten. Hier handelt es sich um die Erhöhung der Geldstrafen im Standesstrafverfahren wider Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter. Auch diese Vorlage findet ihre Begründung in unserer heutigen Geldentwertung. Ich kann mir daher alle weiteren Bemerkungen ersparen und brauche nur auf den Bericht des Ausschusses zu verweisen und dem hohen Hause das Gesetz zur Zustimmung vorzulegen.

Das Gesetz wird in 2. u. 3. Lesung nach dem Antrage des Ausschusses unverändert angenommen.

Sodann wird die dringliche Anfrage Hanusch in Verhandlung gezogen.

Hanusch: Hohes Haus! Wir haben uns vor 14 Tagen in diesem Hause ausführlich mit der Arbeitslosenfürsorge beschäftigt und nach langwierigen Verhandlungen war es endlich möglich, eine kleine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung durchzusetzen, allerdings nicht in der Form, wie es gewünscht wurde. Denn gewünscht wurden damals 100.800 K, während hier im Hause nur 87.000 K zum Beschluß erhoben worden sind. Diese 87.000 K sind nach langwierigen Verhandlungen beschlossen worden und zwar langwierig deshalb, weil die Regierung sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln überhaupt nicht stattfinden kann. Bei einer Besprechung im Budgetsaal wurde die Frage aufgeworfen, ob der Staat nicht doch weitere Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auswerfen soll. Da wurde von einem maßgebenden Beamten des Finanzministeriums erklärt: Wir haben im Monat nur einen fixen Betrag zugewiesen, den wir auszugeben vermögen, über diesen Betrag hinaus können und dürfen wir nicht gehen. Als die Frage gestellt wurde, wer denn diesen Betrag für die Ausgaben des Staates festgesetzt hat, ist man uns die Antwort darauf schuldig geblieben. Wir können es uns ja denken, wer den

Auftrag gegeben hat. Es wird gewiß Herr Zimmermann gewesen sein, der auf dem Standpunkt stand und steht: Ihr dürft nur soviel ausgeben und darüber hinaus ist jede Ausgabe unmöglich. So läßt sich ein Staat in einer Krisenzeit nach meinem Dafürhalten nicht regieren. Denn da könnte ja übermorgen ein Erdbeben kommen, das ungeheurere Verwüstungen in Stadt und Land anrichten würde, aber die Regierung hätte den Auftrag, nur eine bestimmte Summe auszugeben, und alle die Schäden müßte einfach unberücksichtigt bleiben. Glücklicherweise kommen ja nicht alle Tage Erdbeben. Aber wir haben uns mit der Arbeitslosigkeit als solcher zu beschäftigen, die Formen angenommen hat wie prozentuell fast in keinem anderen Staate; denn, meine Herren, es imponiert mir durchaus nicht, wenn ich lese, daß in England 1.600.000 arbeitslose Menschen sind. Es imponiert mir auch nicht, wenn ich lese, daß in Amerika vier Millionen Menschen arbeitslos sind. Wenn ich die Vergleichsziffer mit unserer Bevölkerungszahl ziehe, so ist die Zahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Arbeitenden bei uns bedeutend größer als in diesen anderen Staaten.

Dazu kommt noch das eine, daß wir in unserem Staate eine ganz eigenartige Struktur haben. In der Tschecho-Slowakei gibt es gegenwärtig zirka eine halbe Million Arbeitslose, aber dort verteilt sich die Arbeitslosigkeit auf die ganzen Industriegebiete, dort ist sie dezentralisiert, während bei uns die große Arbeitslosigkeit sich hauptsächlich auf Wien erstreckt, wo wir allein gegenwärtig 97.000 Arbeitslose haben, während im ganzen Staatsgebiet 130.000 Arbeitslose gezählt werden.

Das Problem kann aber nach meinem Dafürhalten auch nicht durch eine bloße Arbeitslosenunterstützung gelöst werden, obwohl es gewiß eine Vorbedingung ist, daß derjenige, der arbeitslos wird, einen solchen Unterhaltsbeitrag bekommt, mit dem er notdürftig sein Leben zu fristen vermag. Es ist ja nirgends so, daß die Unterstützung die Höhe des Arbeitslohnes erreicht. Aber der Unterschied zwischen Arbeitslöhnen und Arbeitslosenunterstützung ist in keinem Staate so groß wie bei uns. Denn prozentuell spielt die Arbeitslosenunterstützung gegenüber den verdienten Löhnen eine sehr geringe Rolle.

Ich habe aber, hohes Haus, gesagt, daß mit der bloßen Unterstützung die Frage nicht zu lösen ist, und man sollte da meinen, daß die Regierung alle Hebel in Bewegung setzt, um dem Problem der Arbeitslosigkeit an den Leib zu rücken und Abhilfe zu schaffen. Das Parlament hat am 19. Juli 1922 die produktive Arbeitslosenfürsorge beschlossen, aber wir müssen konstatieren, daß bis zum heutigen Tage von dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge in der Öffentlichkeit fast gar nichts

verlautbart wurde. Es heißt im § 29, Absatz 7, des Gesetzes, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung und das Bundesministerium für Handel und Gewerbe die nötigen Vorkehrungen zu treffen haben, um diese produktive Arbeitslosenfürsorge durchzuführen.

Wir haben bisher noch keine Verordnung erhalten, wir haben auch von den getroffenen Vereinbarungen dieser beiden Ministerien bis zum heutigen Tage nichts gehört. Es wurde damals die produktive Arbeitslosenfürsorge sehr ernstlich behandelt. Ein Beweis dafür ist, daß eine Resolution förmlich angenommen wurde, in der zum Ausdruck kam, daß die Regierung vierteljährlich dem Nationalrate Bericht über die produktive Arbeitslosenfürsorge zu erstatten habe, über die Maßnahmen, die die Regierung getroffen habe. Es sind bereits zwei Vierteljahre vergangen und ich kann mich nicht erinnern, daß die Regierung irgendwie dem Nationalrat einen Bericht erstattet hätte, was denn auf diesem Gebiete bisher geschehen ist. Ich meine, so darf man über Beschlüsse des Nationalrates von seiten der Regierung nicht hinweggehen. Wenn eine Resolution — ich glaube, sie wurde damals einstimmig angenommen — vom Nationalrat angenommen wird, so hat man auch die Pflicht, diesem Wunsche des Nationalrates Rechnung zu tragen.

Nun stehen die Dinge so, daß diese produktive Arbeitslosenunterstützung im § 29 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verankert ist, daß aber in der Öffentlichkeit davon eigentlich gar nichts verlautet. Mit dem Beschlusse des Nationalrates ist ein Gesetz wohl beschlossen, aber um es zu verwirklichen, um es in die Wirklichkeit umzusetzen, ist es notwendig, daß die Regierung die Initiative ergreift, wäre es notwendig gewesen, daß die Regierung sich mit den Ländern, mit den großen Gemeinden ins Einvernehmen gesetzt und Konferenzen abgehalten hätte, um darüber nachzudenken, welche Möglichkeiten denn gegeben sind, um Arbeit zu schaffen. Ich kann begreifen, daß, wenn es sich um die Arbeitslosenunterstützung dreht, da unter Umständen Menschen anderer Meinung sein können, daß es Menschen geben kann, die satt sind, ein gutes Einkommen haben, die von der Arbeitslosenunterstützung nicht viel halten, wenn ich auch diese Meinung nicht teile. Aber wenn es sich um die produktive Arbeitslosenfürsorge handelt, wenn es sich darum handelt, Mittel und Wege zu schaffen, damit Menschen arbeiten, da sind wohl, glaube ich, alle Menschen in diesem Hause einig, daß Gelegenheit geboten werden muß, um Arbeit zu schaffen. Man kann mir allerdings sagen, der Staat hat kein Geld. Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, daß man so nicht regieren kann. Es gibt Arbeiten in diesem Staate genug. Unsere Reichsstraßen sind vollständig verlutet, unser ganzer Eisenbahnpark

ist in einem Zustande, wie in keinem anderen Lande; ich glaube, in den Balkanstaaten ist das Eisenbahnfahren heute schon angenehmer als bei uns in Österreich. Es dauert Monate, es dauert Jahre bei uns in Österreich, ehe irgendein Staatsbürger ein Telephon bekommt, obwohl das nichts anderes ist als eine Anlage, die sich dann bezahlt macht durch die Beiträge, die der Abonnent leistet. Und tausend andere derartige Fragen wären anzuführen, wo Arbeitsgelegenheit geschaffen werden könnte. Es wird aber in dieser Beziehung nichts gemacht. Doch, die Regierung hat den Beschluß im Kabinettsrate gefaßt, daß ein gemeinsames Komitee von den Spitzenorganisationen eingesetzt werden soll, von den Unternehmern einerseits und den Gewerkschaftsorganisationen andererseits. Ich glaube, es war bisher eine Sitzung dieses Komitees, wo man sehr viel geredet hat, aber zum Schlusse hat der Herr Minister erklärt, daß man eigentlich eine Frage heransgreifen müßte, welche die wichtigste sei, nämlich die Intensivierung der Arbeit. Ich bin sehr dafür; aber, meine Herren und Damen, zu einer Zeit, wo wir in Österreich sehr wenige Vollarbeiter, sondern eine ungeheure Zahl von Arbeitslosen und neben dieser ungeheuren Zahl von Arbeitslosen eine ungeheure Zahl von Kurzarbeitern haben, ist die Frage der Intensivierung der Arbeit nach meinem Dafürhalten von untergeordneter Bedeutung, weil man diese Frage bei den gegenwärtigen Zuständen gar nicht zu lösen vermag. Ich verweise auf die Statistik des Metallarbeiterverbandes. Wir haben in Österreich 194.000 Metallarbeiter. Von diesen 194.000 Personen sind 35.650 arbeitslos, 49.750 sind Vollarbeiter und 109.000 Kurzarbeiter. Also ein Viertel der Metallarbeiter arbeitet voll, alle anderen sind arbeitslos oder Kurzarbeiter mit 24 Stunden, manche sogar mit 16 Stunden, bis 40 Stunden in der Woche Arbeit. Die Kurzarbeit in diesem großen Umfange, den sie heute angenommen hat, ist eine der größten Solidaritätsakte, die die Arbeiterklasse im Laufe der letzten Jahrzehnte zustande gebracht hat (*Zustimmung*), denn die Unternehmer würden viel lieber einen großen Teil dieser Kurzarbeiter gänzlich entlassen. Die Arbeiterschaft selbst erklärt: Wir tun das nicht, wir wollen unsere Arbeitsbrüder nicht arbeitslos werden lassen, und sie begnügen sich mit der Hälfte des Lohnes bei 24 Stunden Arbeitszeit, um auch den anderen Arbeitern die Gelegenheit zu geben, wenigstens den halben Lohn zu verdienen. Das soll irgendeine andere Klasse der Arbeiterklasse nachmachen! Ich glaube, es gibt keine zweite Klasse, die einen solchen Solidaritätsakt zu setzen vermöchte.

Dabei kommt allerdings noch eine andere Erscheinung in Betracht. Abgesehen von dem Solidaritätsakt der Arbeiterklasse scheint es mir,

daß nicht überall die Kurzarbeit notwendig wäre, wenn nicht manche Unternehmer diese Kurzarbeit geradezu forcieren würden — auch das muß gesagt werden —, um den Beweis zu erbringen, mit wie wenig die Menschen auszukommen vermögen, und dann mit dem Lohndruck auf die Arbeiterklasse wirken zu können. Aber das interessiert uns hier nicht. Uns interessiert hier vor allem andern, was die Regierung in diesem Falle tut. Bei der produktiven Arbeitslosenfürsorge hat sie vollständig versagt, es ist nichts unternommen worden. Bezüglich der Kurzarbeit wurde wiederholt angeregt, durch eine Unterstützung der Kurzarbeiter das Heer der Arbeitslosen wesentlich zu verringern. Denn wenn diejenigen, die nur 24 Stunden in der Woche arbeiten, für die übrige Zeit eine Arbeitslosenunterstützung bekommen, so ist die Hoffnung vorhanden, daß weniger Arbeiter entlassen werden, daß weniger Arbeiter aufs Pflaster kommen und daher das Massenelend nicht jene Formen annimmt, die es gegenwärtig bei uns in Österreich leider hat. Die Regierung hat ja nach § 30 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes das Recht, durch Verordnung die Unterstützung der Kurzarbeiter zu regeln. Diese Regelung ist bisher nur bei zwei Branchen erfolgt, bei der Textilbranche und bei der Papierbranche. Aber nicht durch Initiative der Regierung, sondern durch Initiative der Arbeiter und Unternehmer ist in diesen beiden Branchen die Frage halbwegs geregelt worden, während alle anderen Branchen von dieser Wohltat der Unterstützung der Kurzarbeiter bisher ausgeschlossen sind. Ja man hat nicht nur in Sachen der produktiven Arbeitslosenfürsorge nichts unternommen und man hat sich nicht nur mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, sondern man hat sogar Menschen, die bis zum Oktober im Besitze der Arbeitslosenunterstützung waren, die Jugendlichen unter 16 Jahren, einfach durch Verordnung aus der Arbeitslosenunterstützung hinausgeworfen. (*Hört!*) Es ist wohl das Unerhörteste, was vorkommen kann, daß Menschen, die für eine Versicherung Beiträge leisten (*Sehr richtig!*) bei ihren Rechten ausgeschlossen werden. Das hat man sich noch in keinem Staate der Welt erlaubt, daß derjenige, der eine finanzielle Verpflichtung gegenüber einer Versicherung eingeht und ihr nachkommt, dann aus der Versicherung ausgeschaltet wird.

Ich will heute auf diese Sache — sie ist schon zu wiederholten Malen besprochen worden — nicht mehr eingehen. Aber eines, geehrter Nationalrat, ist doch notwendig zu sagen. Die Stellung, die die Regierung bisher zu den ganzen Arbeitslosenproblem eingenommen hat, wird auf die Dauer nicht genügen und es werden sich das diese Menschen, die darunter zu leiden haben, auch auf die Dauer nicht gefallen lassen können. (*Beifall.*) Ich weiß

nicht ob sich schon jemand die Frage vorgelegt hat, wie es denn möglich ist, mit 87.000 K in der Woche einen Haushalt zu führen. *(Sehr richtig!)* Es ist vor 14 Tagen hier von dieser Stelle aus von einigen Rednern und Rednerinnen darauf hingewiesen worden, wie groß das Elend und der Jammer sind. Wir haben während des Krieges in Wien Typen und Erscheinungen gesehen, wie wir sie vor dem Kriege nie gesehen haben, heruntergerissen, zerlumpt usw. Diese Erscheinungen sind in den letzten Jahren mehr oder weniger beseitigt worden. Gegenwärtig können Sie diese Erscheinungen schon wieder beobachten. *(Sehr richtig!)* Gehen Sie nur draußen in den Arbeiterbezirken oder wo immer in Wien Sie wollen, mit offenen Augen spazieren und Sie werden die Erscheinung beobachten können, daß diese Menschen schon wieder hohlwangig, tiefäugig, mit zerlumpten Kleidungsstücken herumgehen, so daß es einem schaudert, wenn man diese Menschen sieht. Sehen Sie sich diese Leute an, wenn Sie beim Schneefahrlauf draußen stehen, in welcher Adjustierung sie sind. Es ist ein Jammer, daß Menschen in solche Verhältnisse kommen können. Dabei ist der „Schrei der Leute nach der Arbeitslosenunterstützung“ gar nicht wahr; der Schrei der Leute geht nach Arbeit, sie wollen arbeiten, sie wollen nicht auf Kosten der andern leben, zumal heute schon an und für sich große Beiträge für die Unterstützung geleistet werden müssen, sondern sie wollen arbeiten und diese Arbeits Gelegenheit ihnen zu verschaffen, ist einfach Pflicht.

Es mag sein — es ist ja richtig —, daß eine Krise wie die gegenwärtige, die nicht nur lokalen, sondern internationalen Charakter hat, die Arbeitslosigkeit nicht bis zum letzten Mann ausrotten kann. Das wissen wir schon; aber wir sind auf der andern Seite überzeugt, daß Zehntausende von Menschen heute nicht arbeitslos sein müßten, wenn nach Mitteln und Wegen gesucht würde, um die produktive Arbeitslosenfürsorge zu fördern, nicht arbeitslos zu sein brauchten, wenn alles getan würde, was eine Regierung in so ernsten Zeiten eben tun muß. Die Gemeinde Wien, hoher Nationalrat, hat in der vorigen Woche den Beschluß gefaßt, neben den 300 Milliarden, die schon im Budget für das Jahr 1923 vorgesehen sind, noch 91 Milliarden für die produktive Arbeitslosenfürsorge in Form von Bauten usw. herzugeben. Die Gemeinde Wien ist durchaus nicht besser gestellt als der Staat, auch sie ist durch das Genfer Abkommen furchtbar gedrückt und weiß nicht, woher sie die Mittel nehmen soll, um ihren Haushalt in Ordnung zu erhalten. Was nun die Gemeinde kann, müßte zumindest im selben Maßstabe auch der Staat fertigbringen *(lebhafter Beifall)*, dem noch ganz andere Steuerquellen zur Verfügung stehen wie der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien hat ihre Steuer-

quellen vollständig erschöpft; die Gemeinde Wien hat alles getan, um den Besitz zu besteuern usw., kurz und gut, es ist heute schwer möglich, wenn man nicht die Volkswirtschaft umbringen will, noch weitere Steuern in der Gemeinde Wien ausfindig zu machen. Der Staat hat noch große Schichten der Bevölkerung am Lande draußen, besonders die agrarischen, wo noch ganz andere Steuern hereinzubringen wären, als das bei der städtischen Bevölkerung, die an und für sich schon ungeheuer belastet ist, möglich ist. Diese Kreise müssen natürlich geschont werden, geschont werden vielleicht aus politischen Gründen, und man läßt das Elend eben Elend sein. Ja, meine Damen und Herren, ich wüßte sogar Vorschläge, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die den Staat gar nichts kosten; er müßte nur den Mut aufbringen, jenen Schichten, die es sich leisten könnten, noch neue Lasten aufzulegen. Warum könnten wir denn nicht in Österreich — in anderen Staaten ist das bereits gemacht —, sagen wir, die Banken bei uns verpflichten, für 20 Prozent ihrer Angestellten Wohnungen zu bauen? *(Sehr richtig!)* Wir haben zirka 30.000 Bankangestellte bei uns in Österreich, das wären 6000 Wohnungen, die die Banken verpflichtet wären, herzustellen. 6000 Wohnungen geben nicht nur für die Bauarbeiter, sondern auch für eine ganze Reihe von anderen Menschen so viele Beschäftigungsmöglichkeiten, daß zehntausende Menschen monatelang beschäftigt werden könnten. Ich habe im Jahre 1921, in der Budgetgebate diese Frage bereits angeregt, im Jahre 1921, meine Damen und Herren, wo wir eine Hochkonjunktur hatten, wo das Gesetz, betr. die Bautätigkeit der Banken hätte durchgeführt werden können. Und nicht nur die Banken, auch die Industrie hätte man dazu verpflichten können und wenn man auch bei ihr nicht bis zu 20 Prozent gehen kann, so sehe ich aber nicht ein, warum man nicht die Unternehmer verpflichten könnte, für 5 Prozent ihrer Arbeiter und Angestellten Wohnungen zu bauen; wenn es auch heute, zur Zeit einer Wirtschaftskrise schwer möglich ist, so bestand doch im Jahre 1921 die Möglichkeit, daß man auch dieses Opfer der Industrie hätte auferlegen können, um die Bautätigkeit zu beleben und so das Arbeitslosenheer zu vermindern.

Aber, meine Herren, ich habe so den Eindruck, daß die Regierung diesem Problem vollständig apathisch gegenübersteht. Ich halte diese Regierungsbank hier für vollständig politisiert, sie entbehrt jeder Sachlichkeit, und da ihr die Arbeiterklasse politisch nicht so nahe geht, weil sie das Gros ihrer Wählermassen wo anders hat, geht sie über diese Fragen einfach zur Tagesordnung über. Man gibt, was man unter dem Druck der Verhältnisse geben muß, aber nicht mehr, man zerbricht sich nicht den Kopf über das Problem, man ist den

Argumenten der Agrarier von der rechten Seite viel zugänglicher, als den Argumenten derjenigen, die unter diesen Verhältnissen zu leiden haben, und die Folgeerscheinung ist, daß die Regierung diesem Problem anscheinend vollständig ratlos gegenübersteht. Aber gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit zu sagen, daß dies nur Schein ist. Ich habe so die Empfindung, daß die Regierung es gar nicht ungern sieht, wenn unsere Volkswirtschaft auf Abwege gerät und reduziert wird, wenn die Arbeitermassen weniger werden und zur Auswanderung gezwungen sind. Sie sieht es aus politischen Gründen nicht ungern (*So ist es!*), denn die Herren von den beiden Seiten hier wissen, daß sie bei den Arbeitermassen trotz aller Argumente, die sie anführen, trotz aller Verleumdungen doch nichts erreichen und keine Erfolge erzielen werden. Wenn Sie dauernd regieren wollen, müssen Sie die Arbeiterschaft dezimieren, muß aus diesem Staate ein Agrarstaat werden (*So ist es!*), dann ist die Herrschaft der Christlichsozialen und Großdeutschen für die Dauer gesichert — von diesem Gesichtspunkt scheinen Sie sich leiten zu lassen. Daher das geringe Verständnis, das Sie diesen Fragen entgegenbringen, daher die Zustände, in denen wir gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Nur vergessen die Damen und Herren in diesem Saale das eine, daß man von keinem Menschen das Opfer verlangen kann, daß er sich ruhig hinlegt und stirbt, ohne zuvor das zu tun, was jeder andere Mensch und jede andere Kreatur tut: sich zu wehren. Das scheinen Sie zu vergessen und Sie können daher Dingen entgegengehen, die heute noch gar nicht abzu sehen sind.

Wenn Sie aber meinen sollten, daß die Zahl der Arbeitslosen für den hientigen Staat eine Notwendigkeit sei, eine Notwendigkeit in dem Sinne, daß man verhungerte Menschen dazu ausnützt, um alle möglichen Pläne zu unterstützen, die bei verschiedenen Seiten außerhalb des Hauses gegenwärtig gang und gäbe sind, dann können Sie hier und da einen Menschen oder einige Menschen finden, die zu Lumpen an der Arbeiterklasse werden — denn solche Lumpen gibt es in jeder Klasse und auch in der Arbeiterklasse, das ist wahr —, aber Sie werden deshalb nicht imstande sein, die Einigkeit des Proletariats in irgendeiner Form zu schmälern. Es treiben sich gegenwärtig Elemente unter den Arbeitslosen herum, die mit viel Geld ausgerüstet sind, bei denen die Tausender — das ist heute nicht viel — und die Zehntausender nur so herumfliegen, weil man den Leuten soundsoviel Zehntausende von Kronen für einen Tag gibt, wenn sie sich zu monarchistischen Versammlungen verdingen lassen (*Hört! Hört!*), verdingen lassen, um mit Gummiknütteln und Pistolen ausgerüstet den Kampf mit der Arbeiterschaft aufzunehmen. Die traurigen Folge-

erscheinungen dieser Dinge haben wir am letzten Samstag in Wien bei dem Morde des Arbeiters erleben können. (*Zustimmung.*) Nicht die Macher dieser Organisation sind es, die den Revolver in die Hand nehmen, nicht die pensionierten Beamten und Sektionschefs, die sonst nichts zu tun haben, als derartige Pläne zu schmieden, nicht die Schäger und Husfaret und Wiesner und wie sie alle heißen, machen diese Arbeit, sondern man dingt sich arbeitslose Menschen dazu, um diese Arbeit zu leisten. Wenn Sie glauben, meine Herren, daß die österreichische Arbeiterklasse es sich gefallen lassen wird, daß sie auf der Straße nicht mehr sicher ist, niedergeschossen zu werden, dann werden Sie sich gründlich täuschen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wenn Sie glauben, daß es so weit kommen wird wie in Italien, so verkennen Sie das eine, daß die österreichische Arbeiterschaft anders geartet ist und Mittel und Wege finden wird, um derartige Gelüste für alle Zukunft unmöglich zu machen.

- Man könnte ja darüber debattieren, was denn diese Bank zu all dem sagt. Aber, meine Damen und Herren, mit geheimen Monarchisten über den Schutz der Republik zu reden, ist eine sehr unangenehme Sache. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Es ist ja leider eine traurige Tatsache, daß in diesem Staat einzig und allein die Arbeiterklasse es ist, die die Republik hochzuhalten vermag, die den Gedanken der Republik hochhält — es sei Ihnen aber auch gesagt: Nicht nur hochhält, sondern sie auch verteidigen wird mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen! (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Ich glaube, die Menschen hätten bereits genug des Mordens, wenn man an die vier Jahre denkt, die wir über uns ergehen lassen mußten, wo nur der Mord auf der Tagesordnung war, wo nur der Mord dekoriert wurde, wo der die größten und schönsten Auszeichnungen bekommen hat, der der größte Massenmörder war. Ich glaube, die Menschheit sollte sich einmal besinnen und sollte vom Mord abkommen; die Menschen sollten wieder Menschen werden, kultivierte Menschen, zivilisierte Menschen, die den politischen Kampf nicht mit der Pistole in der Hand, sondern mit geistigen Waffen zu führen vermögen (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), um die Gegensätze auszutragen, die in der menschlichen Gesellschaft vorhanden sind. Das scheint von anderer Seite anders gewollt zu sein und „wer Wind sät, wird Sturm ernten“.

Wir ersuchen die Regierung dringendst, zu diesem Problem der produktiven Erwerbslosenfürsorge endlich jene Stellung einzunehmen, wie sie für eine Regierung notwendig ist. Verhandlungen? Bitte, wir sind jeden Tag bereit zu verhandeln, um jene Formen zu finden, wie neue Arbeitsgelegenheit für das arbeitende Volk geschaffen werden kann. Aber das geht in einem Staat nicht und wird auch in

Österreich nicht gehen trotz aller Sanierungspläne, daß man bei allen Plänen, die irgendwo auftauchen, und mögen sie noch so vernünftig sein, einfach auf dem Standpunkt steht: der Staat hat kein Geld und kann infolgedessen nichts tun und kann nicht dafür sorgen, daß neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. So kann man einen Staat nicht regieren. Wenn Sie nicht wollen, daß in diesem Staate Dinge geschehen, die uns allen unlieb wären — uns wie Ihnen —, dann ist es Aufgabe aller Parteien dieses Hauses, dafür zu sorgen, diesem Problem möglichst rasch jene Aufmerksamkeit zu schenken, die notwendig ist.

Nun hat in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit eine Sache eine Rolle gespielt, die die Arbeitslosenunterstützung berührt, die ich hier nicht unerwähnt lassen kann. Es ist festgestellt worden, daß einige hundert Schuhmacher in Wien die Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, obwohl sie zu Hause beschäftigt waren. Ich möchte von vornherein betonen, daß das nicht durch irgendein Amt aufgedeckt wurde, sondern von der von unseren Renten geleiteten Krankenkasse, und daß die Krankenkasse, als sie es erfuhr, sofort eingeschritten und die nötige Anzeige erstattet hat. Ich möchte auch weiters betonen — obwohl ich es nicht gutheiße —, daß sich die Arbeiter verleiten ließen und daß speziell die Unternehmer es waren, die die Arbeiter dazu verleitet haben, um die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung zu ersparen, dieses Mittel zur Anwendung zu bringen (*Abg. Dr. Bauer: Und um die Löhne zu drücken!*) und anderseits damit zu operieren, um die Löhne zu drücken. Wir verurteilen derartige Dinge von vornherein. Wir waren immer für die schärfste Kontrolle, weil wir wissen, daß auch bei Arbeitslosen unter Umständen Dinge vorkommen können, die wir im Interesse der wirklich Arbeitslosen nicht dulden können. Ich bin auch informiert, daß hier und da auf dem Lande draußen Leute, die zwei, drei Kühe besitzen, eine Arbeitslosenunterstützung beziehen, mit dem Stempel des Gemeindeamtes beziehen. Das verurteilen wir gerade so wie wenn sich irgendein Arbeiter etwas zuschulden kommen läßt. Daß bei jeder Versicherung hier und da ein Schwindel vorkommen kann, ist eine alte Tatsache. Die Krankenunterstützung besteht seit den achtziger Jahren. Glauben Sie nicht, daß hier und da auch ein Simulant darunter ist, der sich eine Unterstützung zu erschleichen sucht? Das kommt in jeder Schicht vor, das kommt in jedem Versicherungszweig vor, kommt aber auch bei den Unternehmern vor. Wir haben vor einigen Wochen eine Verhandlung mit den Unternehmern gehabt, in der wir über die Unterstützung der Kurzarbeiter beraten haben: Dort haben die Unternehmer erklärt: wir haben in den Jahren 1919 und 1920 bei der damaligen Unterstützung der Kurzarbeiter bereits die Erfahrung ge-

macht, daß damals von den Unternehmern so viel geschwindelt worden ist, daß wir diesen Zustand nicht mehr haben wollen. (*Hört! Hört!*) Auch hieraus ersehen Sie, daß es auch andere Kreise gibt, die hier und da einen Schwindel aufstecken, wenn er vielleicht auch nicht in den Dimensionen vorgekommen ist, wie ihn die Unternehmer zwecks Ablehnung dieser Forderung heute aufbauschen.

Das Problem ist, meine Herren, im allgemeinen ein sehr ernstes. Wenn Sie die Parlamentsberichte aller anderen Staaten verfolgen, werden Sie darauffkommen, daß nicht nur bei uns in Österreich über die Arbeitslosenfrage geredet wird und Maßnahmen gefordert werden, die die Möglichkeit geben, das Arbeitslosenproblem einzudämmen, sondern daß alle anderen Parlamente der Welt sich mit diesem Problem beschäftigen und nach Mitteln und Wegen suchen müssen, um diese Zustände einer Besserung zuzuführen. Ich möchte nur anführen, daß in Deutschland drüben schon Ende 1921 eine produktive Arbeitslosenfürsorge eingeführt wurde, die Zehntausenden von Menschen, ja nicht nur Zehntausenden, ich glaube es waren sogar 400.000 Menschen, Beschäftigung gegeben hat und wo im allgemeinen festgestellt wurde, daß die Regierung mit dieser produktiven Arbeitslosenfürsorge die besten Erfahrungen gemacht hat. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß man eine unproduktive, eine nutzlose Arbeit machen soll, wie das in den Jahren 1848 und 1849 während der Zeit der Revolution geschehen ist, wo man unnützerweise Gräben ausgegraben und wieder zugeschüttet hat. An dieser Arbeit hat niemand eine Freude. Wir brauchen, meine Damen und Herren, in diesem Staate keine unnütze Arbeit zu leisten. Wir haben Gelegenheit genug, nützliche produktive Arbeit zu leisten, die neue Werte schafft, wenn wir nur alle zusammen den Mut haben, diesen Schritt zu gehen. Und daß dieser Schritt gegangen werden muß, ist meine Überzeugung und auch Sie, meine Damen und Herren, werden mit der Zeit zu dieser Überzeugung kommen müssen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Minister für soziale Verwaltung Schmitz: Hohes Haus! Die dringliche Anfrage, die der Herr Vorredner soeben begründet hat, enthält den Vorwurf an das Ministerium für soziale Verwaltung und damit an meine Person, daß dieses Amt der Bundesregierung in der Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge versagt hat. Der Herr Vorredner hat dabei sehr deutliche Ausdrücke gebraucht. Er redete von „vollständig versagt“, von „nichts unternommen“, von „vollständig apathisch“ usw. (*Zwischenrufe.*) Ich erlaube mir daher, auf diese Vorwürfe mit folgenden Daten zu antworten:

Die in Rede stehenden gesetzlichen Bestimmungen, betr. die produktive Arbeitslosenfürsorge,

sind am 27. August 1922 in Kraft getreten. Zum Teil noch vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen, zum größeren Teil unmittelbar nachher wurde im Wege von Erlässen — der Weg der Verordnung ist nirgends im Gesetze vorgeschrieben — seitens meines Ministeriums mit den in Betracht kommenden Stellen sofort die Verbindung hergestellt, um die Bestimmungen über die produktive Arbeitslosenfürsorge zur Kenntnis dieser Stellen zu bringen und sie aufzufordern, solche Anträge zu sammeln. Ich bemerke, daß das Gesetz ausdrücklich die Industriellen Bezirkskommissionen als Sammelstellen für diese Anträge bezeichnet, und ich habe durch Erlass die Industriellen Bezirkskommissionen damals aufgefordert, diese Tätigkeit sofort zu beginnen. Ich habe mich auch mit den Landeshauptleuten in Verbindung gesetzt und es ist vom Ministerium alles geschehen, um ein möglichst rasches Bekanntwerden dieser neuen gesetzlichen Regelung zu erleichtern und zu fördern.

Es ist richtig, daß trotz dieser Bemühungen erst Monate nach Inkrafttreten dieser gesetzlichen Bestimmungen und nur langsam und spärlich die Anträge auf Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge eingelaufen sind. Ich habe daher, eben wegen dieser Erscheinung, die man in der Hauptsache vielleicht damit wird begründen können, daß ja die Länder und Gemeinden, die vor allem in Frage kommen, um diese Einrichtung in Gebrauch zu nehmen, infolge ihrer eigenen finanziellen Situation nicht in der Lage waren, die sonstigen Mittel, die außerhalb der produktiven Arbeitslosenfürsorge nötig sind, gleich bereitzustellen. Ich habe gegen dieses mir zu langsame Einlaufen der Anträge bei den Industriellen Bezirkskommissionen und seitens der Industriellen Bezirkskommissionen beim Ministerium bereits im November des vorigen Jahres die Initiative ergriffen. Diese Initiative, dies will ich ausdrücklich hier feststellen, ist von Regierungsseite ausgegangen, um für eine sehr wichtige, für unsere ganze volkswirtschaftliche Entwicklung sehr wichtige Gruppe von Unternehmungen die Fragen der produktiven Arbeitslosenfürsorge anzuschneiden. Es handelt sich hier um den Ausbau der Wasserkräfte, um die Großkraftwerke, die gerade damals, im November, zum Teil wenigstens, in erhebliche Schwierigkeiten geraten waren. Diese finanziellen Schwierigkeiten der Großkraftwerke haben auch teilweise eine Verzögerung herbeigeführt. Immerhin war dieses initiativische Einschreiten des Ministeriums die Ursache, daß gerade mit vielen Großkraftwerken verschiedene Abschlüsse auf dem Boden der produktiven Arbeitslosenfürsorge erfolgen konnten.

Ich möchte nunmehr dem hohen Hause einen Bericht darüber erstatten, welche Bewilligungen bisher auf Grund des § 29 der fünften Novelle

zum Arbeitslosenversicherungsgesetz erfolgt sind und wieviele Arbeiter dabei neu Beschäftigung gefunden haben. Ich habe diese Bewilligungen nach Ländern gruppiert und beginne mit dem Lande Wien.

Hier ist bis jetzt ein definitiver Abschluß nur hinsichtlich der „Wag“, der bekannten Wasserkraft-Aktiengesellschaft erfolgt, deren Arbeiten sich allerdings durchwegs außerhalb Wiens vollziehen. Es ist jedoch bei diesem Abkommen die Vorsorge getroffen, daß nach Tunsichtigkeit auch Arbeitslose aus den Wiener Arbeitsnachweisen herangezogen werden. Die Auswahl der Arbeitslosen, die von den Arbeitsnachweisen angeboten werden, steht allerdings der Leitung der „Wag“ selbst zu. Dieses Abkommen hätte schon länger in Kraft treten können, seitens der Regierung war es fertig, es ist jedoch durch Schwierigkeiten, die seitens der Leitung der „Wag“ selbst entstanden sind und erst in jüngster Zeit bereinigt werden konnten, erst kürzlich in Kraft getreten. Mit dem Lande Wien schweben ferner Verhandlungen wegen Anwendung der Bestimmungen der produktiven Arbeitslosenfürsorge auf die Wohnungsbauten der Gemeinde Wien. Diese Verhandlungen stehen vor dem Abschlusse. Sobald dieser erfolgt ist, würde es sich hier um die Beschäftigung von rund 1000 Arbeitern handeln.

Im Lande Niederösterreich war die erste Gemeinde, die überhaupt einen Antrag, betr. die produktive Arbeitslosenfürsorge, gestellt hat, die Gemeinde Wiener Neustadt. Sie hat in kleinerem Umfang eine Gasrohrverlegung mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge mit 20 Arbeitern durchgeführt. Weitere Unternehmungen sind die Gemeinde Stockerau, Wohnungsbauten mit 30 Arbeitern, die „Nöwag“, Niederösterreichische Wasserkraft-Aktiengesellschaft mit 520 Arbeitern, dann Straßenbauten in den Bezirken Baden und St. Pölten mit 110 Arbeitern.

In Oberösterreich ist es die Oberösterreichische Wasserkraft-Aktiengesellschaft, die „Oweag“, mit der ein Abkommen getroffen wurde, so daß hier mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge 600 Arbeiter beschäftigt werden.

In Salzburg sind Straßen- und Wasserbauten mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge neu eingeleitet worden, bei denen 315 Arbeitslose zur Beschäftigung gelangten.

In Steiermark ist ein Abkommen mit der Gemeinde Graz, betr. Notwohnungen getroffen worden — es werden da 25 Arbeiter beschäftigt — und es sind Verhandlungen mit der „Stewag“, der Steirischen Wasserkraft-Aktiengesellschaft zum Teil zum glücklichen Abschluß gelangt, betr. 250 Arbeiter. Weitere Verhandlungen sind noch im Gange.

In Kärnten ist ein Stück der Drauregulierung mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge durchgeführt worden, 15 Arbeiter.

In Vorarlberg sind 100 Arbeiter bei der Zerschlichterweiterung beschäftigt worden. Insgesamt handelt es sich hier schon jetzt um 2585 Arbeiter, wobei die bei den Wiener Gemeindevohnungsbauten mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu beschäftigenden Arbeiter noch nicht eingerechnet worden sind.

Hohes Haus! Ich möchte bei dieser Gelegenheit, weil auch in der Rede meines sehr geehrten Vorredners darauf angespielt wurde, noch mitteilen, daß über meine Einberufung Besprechungen der beteiligten Ministerien stattgefunden haben, die darauf abzielten, im Budget vorgesehene staatliche Lieferungen und Arbeiten nach Möglichkeit in die Zeit der größten Arbeitslosigkeit vorzuverlegen. Das auch die budgetären Vorjorgen der Bundesregierung durchaus nicht auf die leichte Achsel genommen werden können, ergibt sich aus einigen wenigen Daten, die ich schon bei dem derzeitigen Stand dieser Verhandlungen anzuführen in der Lage bin. Es sind bei der Schwarzachregulierung, bei der Traisenregulierung und bei anderen Wasserbauten, die der Leitung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft unterstehen, rund 4000 Arbeiter beschäftigt, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß seitens der Bundesregierung Vorkehrungen getroffen sind, daß jede Erhöhung der Arbeiterzahl künftig nur mit Hilfe der Arbeitsnachweise zu erfolgen hat, so daß die Arbeitslosen dabei nach den dafür bestehenden Bestimmungen zur Einstellung gelangen.

Aus dem Bereich unseres Bundesverkehrswezens bemerke ich, daß durch die Bundeslieferungen und Bundesaufträge die ganze Lokomotiv- und Waggonindustrie Österreichs, wenn auch mit Kurzarbeit, aber doch über den Sommer hinaus beschäftigt erscheint — es handelt sich hier um den Betrag von 172 Milliarden — und das in der nächsten Zeit nach mir zugekommenen Mitteilungen weitere 56 Lokomotiven und eine größere Anzahl Waggons neu zur Vergebung gelangen werden.

Mitteilungen des Elektrifizierungsamtes entnehme ich, daß von dort unter diesem Titel 47 elektrische Lokomotiven im Bau befindlich sind, zu denen weitere fünf demnächst zur Bestellung gelangen. Es sind bei diesem Amt nur am Spullersee, Stubbach — Mollnitzerwerk und Hausnitzerwerk — über 1000 Arbeiter beschäftigt. Für Kabellegungen sieht das Budget einen Betrag von insgesamt 35 Milliarden vor. Die Fabriken, die sich mit der Herstellung von Telephonmaterial beschäftigen, sind ebenfalls durch das Bundesministerium für Verkehrsweisen — hier handelt es sich zunächst um 26 Milliarden — beschäftigt.

Ich glaube mit diesen Daten dargetan zu haben, daß der Vorwurf, die Regierung stehe dem vom Herrn Vorredner angeschnittenen Problem vollständig apathisch gegenüber, sie habe vollständig

versagt und nichts unternommen, in keiner Weise begründet ist. *(Zustimmung. — Zwischenrufe. — Abg. Sever: 25 Arbeiter in Graz!)* Das müssen Sie der Gemeinde Graz sagen! Wenn die Gemeinde Graz einen anderen Antrag stellt, so wird sie mehr bewilligt bekommen. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Der Herr Vorredner hat selbst darauf hingewiesen, daß er davon überzeugt sei, es könne nicht von der Regierung verlangt werden, daß sie eine solche Krise, die, wie der Herr Vorredner selbst festgestellt hat, vor allem ein Teil der großen Weltwirtschaftskrise ist, zur Gänze aufhebe. Er hat auch zugegeben, es sei nur möglich, daß man einen Teil dieser Krise durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit abdämme, daß man aber von diesem kleinen, schwachen Wirtschaftskörper aus, den unser Staat heute darstellt, die Ursachen und Wirkungen der großen Weltwirtschaftskrise nicht beseitigen könne.

Hohes Haus! Ich muß hier allerdings auch feststellen, daß Anspielungen, die in der Öffentlichkeit, wenn auch erfreulicherweise vereinzelt, gemacht worden sind und der Regierung den Vorwurf machen, sie habe sich durch die voreilige Einstellung der Banknotenpresse der Mittel begeben, um die Arbeitslosigkeit energischer zu bekämpfen, bei der Regierung keinerlei Verständnis begegnen. Denn die Regierung hält die Wiedereinführung der Inflation für das allergrößte wirtschaftliche Unglück, das unserem Staate überhaupt passieren könnte. *(Beifall und Händeklatschen.)* Da die Regierung auf diesem Standpunkte steht, ist sie an die Grenzen des Budgets gebunden, an die Einnahmen, die gesetzlich festgelegt sind, und es erübrigt mir daher nichts anderes, als das hohe Haus darauf hinzuweisen, was die Regierung trotz der schwierigen finanziellen Lage des Bundes in der Sache ziffern- und datenmäßig geleistet hat, wie sehr sie sich bemüht hat, und die gegen mich erhobenen Vorwürfe auf das entschiedenste zurückzuweisen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

Dr. Deutsch: Hohes Haus! Der Herr Minister für soziale Verwaltung ist heute wieder einmal energisch geworden. Diese Energie, die die Minister in diesem Hause aufbringen, ist die einzige Form ihrer energischen Betätigung. Hätte die Regierung einen Teil der Energie, die sie in diesem Hause aufbringt, um die angeblich unberechtigten Vorwürfe der Sozialdemokraten zurückzuweisen, dazu angewandt, um den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, dann wäre eine solche Energie am richtigen Platze gewesen. *(So ist es!)* Der Herr Minister scheint offenbar nur das eine Bestreben zu haben — und dieses teilt er mit seinen Regierungskollegen —, die berühmte Autorität dieser hohen Regierung zu wahren, und jeder Vorwurf, der von

unserer Seite gemacht wird, löst auf der anderen Seite nicht etwa die allein notwendige Erwiderung aus, daß man sich bemühen werde, in dem und jenem unseren Wünschen Rechnung zu tragen, sondern löst auf der anderen Seite immer nur ein Wort aus: Wir weisen zurück! Wir weisen zurück! Das ist das einzige, was Sie zu sagen vermögen, das heißt, Sie weisen in Wirklichkeit die Vernunft zurück, und die Unvernunft siegt gewöhnlich auf der Regierungsbank.

Es hat der Herr Minister darauf hingewiesen, daß das Gesetz über die produktive Erwerbslosenfürsorge schon im August vorigen Jahres in Kraft getreten ist. Er hat uns dann von seinen Bemühungen erzählt. Worin haben diese Bemühungen bestanden? Er hat sofort Verhandlungen mit den anderen Ministerien angeknüpft, er hat versucht, Anträge zu sammeln, er hat sich an die Bezirkskommissionen und an die Landeshauptleute gewendet. Er hat aber dann selbst gesehen, daß diese Bemühungen in den ersten Monaten ein geringes Resultat ergeben haben. Da hätte man meinen sollen, daß die Regierung, nachdem sie selbst bemerkt hat, daß ihre Bemühungen ein so geringes Resultat ergeben, versucht hätte, nimmere auch irgend etwas Positives zu unternehmen. Aber weit entfernt davon: der Herr Minister ist auf die Frage, die von unseren Banken gefallen ist, warum denn die Vierteljahrsberichte, die vom Gesetze vorgesehen sind, nicht erschienen sind, überhaupt nicht eingegangen. Man erstattet keinen Bericht, sondern kommt heute, nach vielen Monaten, hieher und bringt eine Liste von Ausgaben, die zum Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge gemacht worden sein sollen, die aber in Wirklichkeit Ausgaben für Aufträge sind, die bereits längst erteilt worden sind. Alles, was hier erzählt worden ist, von Ausgaben für Straßenbau, für den Fahrpark, für Lokomotiven und Telephonmaterial, sind lauter Ausgaben, die das normale Budget ohnedies vorgesehen hat, Aufträge, die bereits im vorigen Jahre in Bestellung gegeben wurden und mit denen sich heute der Herr Minister brüstet, als ob es Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wären. Das, was er hier über die produktive Erwerbslosenfürsorge im technischen Sinne gesagt hat, betrifft die Beschäftigung von so kleinen Arbeitergruppen, daß es geradezu als eine Verhöhnung der ganzen Einrichtung wirkt. Es ist doch wahrlich traurig, wenn ein Minister hier als Ergebnis des Gesetzes über die produktive Erwerbslosenfürsorge berichtet, daß in Oberösterreich 600 Arbeiter beschäftigt werden, in Salzburg 315, daß man in Graz für Wohnungsbauten — man denke — 25 Arbeiter beschäftigt. Wenn man das nicht als eine Verhöhnung auffassen soll, dann weiß ich wahrlich nicht, wofür das Wort Lächerlichkeit überhaupt noch zutreffen sollte.

Nun möchte ich bei dieser Gelegenheit noch auf folgendes verweisen. Der Herr Kollege Haunisch hat bereits darauf hingewiesen, daß die Gemeinde Wien nimmere einen großen Kredit in Aussicht genommen hat, um die Arbeiter von Wien nach Möglichkeit zu beschäftigen. Die Gemeinde Wien, die doch über viel geringere Einnahmen verfügt als der Bund, verwendet nimmere außerhalb des Budgets einen Betrag von 85 Milliarden, um die Produktion in Fluß zu bringen. Nun möchte ich an den Herrn Minister die Frage richten, ob er das als eine produktive Arbeitslosenfürsorge betrachtet, die zu unterstützen Pflicht des Staates wäre. Der Herr Minister weicht dieser Frage immer wieder aus, weil er in Wirklichkeit nicht geneigt ist und mit ihm die ganze Regierung nicht, die Aktion der Gemeinde Wien zu unterstützen, wie es sich für die Regierung ziemte.

Der Herr Minister hat freilich so nebenbei von Wohnungsbauten gesprochen und erklärt, daß da und dort einige Häuser gebaut worden sind, aber er ist dem ausgewichen, wovon hier in erster Linie gesprochen werden mußte, daß das Wohnungswesen so groß ist, daß man in diesem Lande hunderte und tausende Wohnungen herstellen mußte, um nur halbwegs dem Wohnungsbedürfnisse zu entsprechen. In jedem Budget waren bisher größere Summen für den Wohnungsfürsorgefonds eingestellt. Nun sind auch diese Summen nicht mehr eingestellt und wir haben zu gewärtigen, daß selbst die schon begonnenen Bauten in diesem Jahre nicht mehr fertiggestellt werden können, geschweige denn, daß noch Neubauten aufgeführt werden können.

Nun meint der Herr Minister: Ja, die Regierung kann doch nicht die ganze industrielle Krise lösen, auf die Regierung selbst entfielen nur ein Teil. Freilich entfielen auf sie nur ein Teil und wir verlangen mit Recht, daß die Regierung wenigstens ihre Teilaufgabe erfülle. Aber auch das tut sie nicht. Er meint, das würde zu einer neuen Inflation führen, und die Inflation hält er für das größte Verbrechen. Es hat in diesem Hause keiner von unseren Rednern verlangt, daß Sie die Inflation vermehren sollen, wir haben vielmehr verlangt, daß der Staat die Mittel, die notwendig sind, aufbringen soll, ebenso wie sie die Gemeinde Wien aufbringen muß, nämlich durch Steuern, die in erster Linie die Besitzenden belasten. Wir haben so oft darauf verwiesen, daß die Steuern, die heute noch die Agrarier zahlen, in gar keinem Verhältnisse zu ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit stehen. Wenn Sie die furchtbare Notlage in den Städten bannen wollen, dann müssen Sie endlich daran gehen, am Lande draußen Steuern einzuheben, dann wird es auch möglich sein, daß der Staat die nötigen Unterstützungen geben kann. (Zwischenrufe. — Rufe: Nur wieder hetzen!) Sobald von

Agrariersteuern die Rede ist, fangen die Agrarier an zu schreien, sie sagen, das ist eine Heze. Die ärgste Heze treiben Sie selber, meine Herren, indem Sie nicht zahlen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ihre Partei hezt in der Gemeinde Wien, wenn die Gemeinde Wien den städtischen Besitz besteuert, Ihre Partei hezt in unerhörter Weise, wenn von der Gemeinde Wien die Besitzenden zur Steuerleistung herangezogen werden, und Ihre Partei ist verantwortlich dafür, daß auch am Lande die Besitzenden nicht zur Steuerleistung in genügendem Maße herangezogen werden. Das ist Ihre doppelte Demagogie. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Sie hezen gegen die Gemeinde Wien und verhindern sie, die Besitzenden zu treffen, und Sie schreien sofort, wenn man den ländlichen Besitz zur Steuerleistung heranzieht. *(Zwischenrufe.)*

Präsident **Reih** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe.

Dr. **Deutsch**: Meine Herren! Es hat aber ein . . . *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident **Reih**: Ich bitte! Ich habe jetzt wiederholt um Ruhe ersucht. Der Redner muß sich verständlich machen können. Ich bitte also, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Dr. **Deutsch**: Hohes Haus! Die Steuer-scheu der Besitzenden und die Untätigkeit der Regierung haben auch eine große politische Folge. Jeder von uns sieht, daß die Gegensätze innerhalb der Bevölkerung von Tag zu Tag größer werden, jeder von uns sieht mit Schmerzen, daß die Gegensätze, die sich in der Bevölkerung entwickeln, mehr und mehr dazu neigen, mit Gewalt ausgetragen zu werden. Der Herr Kollege Hamusch hat heute bereits darauf hingewiesen, daß das furchtbare Ereignis vom letzten Samstag in letzter Linie auch auf die ganz entsetzliche Erbitterung zurückzuführen ist, die in den Kreisen des Volkes herrscht und die von gewissen Parteien und politischen Richtungen, die — Sie können es nicht leugnen — Ihnen sogar nahestehen, benutzt werden, um daraus Kapital zu schlagen. Wir haben bereits verschiedentlich darauf hinweisen müssen und ich möchte es nachdrücklich betonen, welch ein furchtbares Verbrechen doch darin liegt, daß einzelne Politiker sich dazu hergeben, zu den Ärmsten der Armen, zu den Arbeitslosen zu gehen und sie für Geld anzuwerben, Anhänger anderer Parteien niederzuknüppeln. Es ist doch wahrlich etwas ganz entsetzliches, daß wir es jetzt in jeder Woche erleben mußten, daß um Geld angeworbene Leute dazu benutzt worden sind, um in Versammlungen der Gegner zu gehen, um Vorträge zu sprengen, die von irgendwelchen Gelehrten gehalten werden, und daß schließlich auch um Geld angeworbene Leute in dieser Monarchisten-

versammlung in Baumgarten, wo es bis zu einer Bluttat gekommen ist, tätig gewesen sind. Wenn im Laufe der großen politischen Auseinandersetzungen sich die Anhänger der einen oder der anderen Partei in der Aufregung vergessen und es zu Zusammenstößen kommt, so wird jeder Mensch mit politischem Verstand und jeder Mensch mit Verantwortungsgefühl das bedauern. Was aber am letzten Samstag geschehen ist, war nicht bloß ein Erzeß, der sich in einem Aufregungszustand unter politischen Gegnern abgespielt hat, sondern das Furchtbare, das Tragische an dem, was am letzten Samstag geschehen ist, liegt darin, daß die Anhänger einer bestimmten Richtung, nämlich die Monarchisten, sich Leute gedungen haben, daß sie sich politische Bravos erworben haben, um andere Menschen niederzuknüppeln. Das Entsetzliche ist doch, daß man jetzt Leute dazu bezahlt, um andere Menschen anzufallen, weil sie anderer politischer Meinung sind. In diesem Breitenfeer Falle war es ja nicht so, daß etwa ein Kampf in der Versammlung stattgefunden hätte oder daß es irgendwie zu einem Zusammenstoß im Laufe der Versammlung gekommen wäre, sondern hier haben Menschen, die dazu bezahlt worden sind, andere Menschen ganz kaltblütig niedergeknüppelt und schließlich sogar niedergeschossen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Minister des Innern die Frage richten, ob er denn nicht weiß, daß nunmehr von monarchistischer Seite und auch von anderen reaktionären Politikern Menschen angeworben werden, um gegen Bezahlung als Knüppelgarde zu wirken. Diese Frage sollte der Minister beantworten, denn für die Reinigung des politischen Lebens ist nichts wichtiger als daß diese Frage restlos geklärt wird. Ich muß sagen, daß ich diesen armen Menschen, die dort schließlich zum Revolver und Knüppel gegriffen haben, die Verantwortung allein gar nicht auflasten kann, sondern daß die Verantwortung denen aufgelastet werden muß, die diese Menschen dafür bezahlt und die sie hingeschickt haben, um Arbeiter niederzuknüppeln und niederzuschießen. Suchen Sie die Schuldigen dort, wo sie zu finden sind, bei denen, die sie bezahlt haben, bei den Herren Schager, Wense und Konsorten, bei den Monarchisten, die sich jetzt Menschen dafür dingen und bezahlen, um Anhänger anderer politischer Richtungen zu bedrohen und, wie wir gesehen haben, sogar zu töten. Der Herr Minister des Innern sollte also vor allem diese Frage beantworten, und er soll uns auch darüber Auskunft geben, ob er nichts davon weiß, daß die Angeworbenen sogar einen Eid leisten müssen, daß man diese Menschen zwingt zu schwören, das zu tun, was ihr Kommandant ihnen befiehlt, und daß ihnen im anderen Falle — so heißt es im Eid — mit dem Tode gedroht wird. Ich möchte von dem Herrn Minister des Innern Auskunft

darüber haben, ob er nicht weiß, daß von jener Terrorgruppe, welche am 13. Februar für die Monarchisten Dienst gemacht hat, einer, der nicht mittun und sich im Straßenbahnwagen verkriechen wollte, von den anderen Monarchisten hervorgezogen und mit dem Hinweis darauf, daß er den Eid geleistet hat, gezwungen worden ist, an den Attacken gegen die Arbeiter teilzunehmen.

Das sind Dinge, die meines Erachtens weit über das hinausgehen, was im politischen Leben möglich ist, geschweige denn zulässig sein kann. Es wurde hier oft gesagt, daß unser Land bisher glücklicherweise von den ärgsten Dingen, die in anderen Ländern vorgekommen sind, verschont geblieben ist. Es muß wohl allgemein zugegeben werden, daß, wenn es bei uns nicht so weit wie in anderen Ländern, wie in Ungarn, Bayern und Italien gekommen ist, dies zum allergrößten Teile der Besonnenheit, Klugheit und Disziplin der Arbeiterschaft zuzuschreiben ist. Wir haben immer wieder unsere Leute davor zurückgehalten, daß es zu solchen Exzessen gekommen ist; die Disziplin und die Ordnung in unseren Reihen war es, die in den ersten Jahren der Republik und auch nachher am wesentlichsten dazu beigetragen hat, daß die Ordnung aufrechterhalten blieb. Sie können uns nicht ernstlich vorwerfen, daß wir es waren, die mit der Rüstung begonnen haben. Sie können uns nicht ernstlich vorwerfen, daß wir uns jemals zu solchen Dingen haben hinreißen lassen, wie sie jetzt geschehen sind. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Steinegger: Wie war es in Tirol?)* In Tirol waren es die Heimwehren, die begonnen haben. So oft man von diesen Dingen spricht . . . *(andauernde Zwischenrufe.)*

Präsident **Heiß** *(wiederholt das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen.

Dr. **Deussch** *(fortfahrend)*: Sie wollen über die Vergangenheit nicht reden, obwohl es meines Erachtens sehr wichtig ist, immer die Schuldfrage festzustellen und klarzulegen, daß nicht wir es waren, die zur Gewalt gegriffen haben, weil wir auf dem Boden der Demokratie stehen und weil wir immer betont haben, daß wir wünschen, daß politische Gegensätze nur mit den Waffen des Geistes und nicht mit Knüppeln ausgetragen werden sollen. Weil wir das gewünscht haben, haben wir es immer abgelehnt, daß von unserer Seite zu Gewalttaten geschritten werde. Aber Sie müssen es verstehen, daß, wenn wir so bedroht werden, wie es schon vor Monaten geschehen ist, und wenn nunmehr solche Dinge passieren wie in Baumgarten, die nicht aus rein politischen Aufregungen erklärt werden können, sondern die darauf hinweisen, daß man Organisationen schafft und Leute dafür bezahlt, um unsere

Genossen niederzuknüppeln und umzubringen, uns nichts anderes übrig bleibt, als uns zur Wehre zu setzen. Aber Sie wollen ja heute nicht von der Vergangenheit reden. Ich habe schon in einer Broschüre, die ich vor einigen Monaten habe erscheinen lassen, nachdem ich Ihnen Ihr Sündenregister vorgehalten habe, das vorzuhalten ist, darauf hingewiesen: Gut, wenn Sie von der Vergangenheit nicht reden wollen, wohl, so reden wir von der Zukunft! Ich war es, der den Vorschlag gemacht hat, man möge eine Abrüstungskonferenz abhalten und sich darüber auseinandersehen, ob es nicht Möglichkeiten gebe, die ganze Form der Gewaltanwendung, die sich bei unszulande eingebürgert hat, aus der Welt zu schaffen. Was habe ich zur Antwort bekommen? Unmittelbar wurde mir weder von den Anhängern Ihrer Partei noch von denen, die Ihnen nahestehen, überhaupt eine Antwort gegeben. Dann haben sich Friedensgesellschaften an den Bundespräsidenten, gewendet und es hat am selben Tage die „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ geschrieben: Der Gedanke, die Heimwehren abzubauen, sei ein Unding. Die Antwort war also, daß Sie es abgelehnt haben, sich mit uns zusammenzusetzen und eine Abrüstung durchzuführen. Heute hören wir in den Zeitungen wieder, daß von der Abrüstung angesichts der Vorgänge in Baumgarten die Rede ist. Aber in welcher Form? Wir sollen in Wien abrüsten, während Sie am Lande draußen weiter die Rüstungen behalten wollen. Das ist natürlich ein Unding, eine Unmöglichkeit. Wenn wirklich abgerüstet werden soll, muß im ganzen Land abgerüstet werden und es muß loyal abgerüstet werden, aber nicht so, daß die Arbeiterschaft fasziistischen Bataillonen ausgeliefert wird. Meines Erachtens steht die Sache in Wirklichkeit so, daß man sie damit allein nicht erfassen könnte, daß man sagt: Diese haben angefangen oder jene. Das Problem liegt viel tiefer. Was sich jetzt in allen Ländern abspielt, ist der geistige Bankrott der Verfechter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Solange die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch die Ansicht hatten, breite Kreise des Volkes zu gewinnen, so lange sind auch sie auf dem Boden der Demokratie gestanden, weil sie der Meinung waren, es sei vielleicht doch noch möglich, breite Kreise des Volkes für sie zu gewinnen. Heute, wo diese Aussicht mehr und mehr schwindet, wo die Massen des arbeitenden Volkes in den Städten und auch auf dem Lande mehr und mehr zur Sozialdemokratie neigen und mehr und mehr der Zustrom zu unserer Partei sich geltend macht, wo Sie, meine Herren, trotz Ihres Schreiens und Schimpfens den Siegeslauf des Sozialismus nicht aufhalten können, ist die Wahrheit die, daß Sie überall dort, wo der Sozialismus im Begriff ist, zu siegen, die Herzen und Gehirne der Menschen

sich zu erobern, anfangen, zur Gewalt zu greifen. Weil Sie den geistigen Bankrott vor sich sehen, greifen Sie zum Knüttel und zur Pistole und das ist die internationale Wesenheit des Faschismus. Der Faschismus, die inoffizielle Gewalt der besitzenden Klassen ist keine Erscheinung, die allein auf Italien oder auf das oder jenes Land beschränkt ist, der Faschismus ist heute eine internationale Erscheinung, ist eine Form, in der das Kapital und seine Verfechter den Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterklasse führen.

Ich möchte demgegenüber nur eines sagen, noch einmal und immer wieder namens meiner Partei als der Vertreterin der großen breiten Massen der Arbeiterschaft erklären: Die Massen des Proletariats dieses Landes stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir wünschen und wollen, daß die großen Gegensätze der Klassen nach Möglichkeit mit den Waffen des Geistes ausgetragen werden. Wir lieben es nicht, daß man Gewalt anwendet, und wir waren seit jeher im Herzen und in der Tat immer dafür, daß man versuchen müsse, die großen Gegensätze auszutragen, ohne Gewalt anzuwenden. Wir erleben aber leider, daß der Kapitalismus in seinem Niedergange sich nicht mehr auf die geistige Kraft verlassen zu können glaubt, die er zu seiner Verteidigung auslöst, und daß er deshalb zur Gewalt greift. Angesichts dieser Tatsache bleibt uns nichts anderes übrig, als das, was uns angetan wird, mit gleichen Mitteln zu vergelten.

Aber in zwölfter Stunde rufen wir Ihnen zu: Vielleicht wäre es doch in diesem Lande möglich, das Ärgste zu verhüten, vielleicht wäre es doch möglich, wie es auch schon in früheren Jahren geschehen ist, dieses Land vor den schrecklichen Dingen zu bewahren, die sich in andern Ländern abgespielt haben. An Ihnen liegt es, daß Sie sich von den Methoden der Gewalt abwenden und daß Sie begreifen, daß bei der Anwendung der Methoden der Gewalt nicht nur diese oder jene Klasse, sondern schließlich das ganze Volk zugrunde gehen muß. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß auch auf der rechten Seite des Hauses viele Männer sitzen, die im Herzen der Meinung sind, es wäre besser, wenn man zu dem geistigen Meinungskampfe zurückkehren könnte und es nicht dazu käme, daß die Gewalt an Stelle des Meinungskampfes tritt. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Denen, die dieser Meinung sind, rufe ich zu, sie mögen das, was ich hier sage, beherzigen als eine Mahnung in zwölfter Stunde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

Präsident **Seitz**: Zum Worte gelangt der Herr Abg. **Steinegger**. Bevor ich ihm aber das Wort erteile, möchte ich doch an das Haus den Appell richten, die Redner in Ruhe anzuhören und

möglichst die Zwischenrufe, die nur immer neue Reizungen schaffen, zu unterlassen.

Steinegger: Hohes Haus! Es steht gegenwärtig die Frage der produktiven Arbeitslosenunterstützung auf der Tagesordnung. Der Herr Vorredner ist allerdings sehr weit von dieser Frage abgerückt und hat sich auf ein Gebiet begeben, das ihm ganz besonders liegt und auf dem er auch ganz besonders gerne zu Hause ist. Wenn gerade er es war, ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, der mit Entrüstung und großer Aufregung hier über den angeblichen Terror, der ausgeübt werde und der die Anhänger dieser Partei treffe, gesprochen hat, so wundert mich diese Aufregung, und zwar besonders im Hinblick darauf, daß sein unmittelbarer Vorredner, der Herr Abg. Hanusch doch den Satz vertreten hat: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. *(Zwischenrufe.)* Ich glaube, Wind ist von dieser Partei reichlich gesät worden. *(Zustimmung.)* Wer erinnert sich nicht der Tausende von Fällen, wo in unbarmherziger Weise Brachialgewalt und Terror zur Vernichtung von Menschenleben angewendet worden sind. Das war die Saat, die angepflanzt worden ist und ohne daß ich die Gewalttaten verteidige — ich selbst habe hier schon oftmals für die Abrüstung gesprochen — so gilt doch das, was der Herr Abg. Hanusch gesagt hat: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. *(Zwischenrufe.)* Das erleben Sie jetzt.

Es ist weiter in diesem Zusammenhang über die Abrüstung gesprochen worden und es wundert mich, daß gerade der Abg. Deutsch es ist, der heute diese Töne anschlägt; um so mehr wundert mich das, als gerade er bei wiederholten Gelegenheiten hier die Arbeiterwehr, eine bewaffnete Macht, in Österreich verteidigt hat, also wiederholt der Bewaffnung der Bevölkerung hier das Wort gesprochen hat und wenn ich seinerzeit in einer Rede hier darauf aufmerksam gemacht habe, daß die Arbeiterwehr oder ihr Vorläufer zuerst bestanden hat, bevor die anderen Wehren gebildet worden sind... *(Rufe: So war das eine Lüge!)*, daß daher die Arbeiterwehren auch zuerst oder gleichzeitig abzurüsten haben, ist immer gerade von seiner Seite aus Widerstand erhoben worden. *(Zwischenrufe.)* Wir wissen ganz genau, woher die Waffen, zum Beispiel in Tirol, gekommen sind, die dort bei der Bevölkerung schon vorhanden gewesen sind, solange nur die rote Wehr bestanden hat.

Was nun diese jüngsten Vorgänge in Baugarten betrifft, so sind im Laufe der letzten Zeit mehrere neue Tatsachen zur öffentlichen Kenntnis gelangt. Wenn ich nur eine anführen darf, soll zum Beispiel einer dieser Verfolger — es ist ja eine größere Zahl von sieben oder acht Personen gewesen — für alle zusammen die Fahrkarten nach

einer Richtung hin gelöst haben, die der Wohnrichtung entgegengesetzt gewesen ist. *(Zwischenrufe.)* Es kommt da eine ganze Reihe von neuen Tatsachen in Betracht. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Ich bitte, mich nur ausreden zu lassen. *(Zwischenrufe.)*

Präsident Briß: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Steinberger: Ich sage, jetzt kommen in der Öffentlichkeit neue Tatsachen heraus. *(Zwischenrufe.)* Ich sage, daß alle diese Vorkommnisse, die sich bei diesen Vorgängen im Baumgarten ereignet haben, jedenfalls erst untersucht werden müssen *(Zwischenrufe)* und daß es daher nicht zweckdienlich ist, heute Vorwürfe oder Anschuldigungen zu erheben, sondern die Untersuchung abzuwarten und dann, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist, auf Grund des Beweisverfahrens das Schuldig oder Nichtschuldig zu sprechen.

Nun, hohes Haus, komme ich zur Arbeitslosenfrage, nachdem ich nur den Abschweifungen des Herrn Vorredners in einigen Punkten erwidern mußte. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, es wird mir ein Vergnügen sein. Die Arbeitslosenfrage ist ja nicht von heute, sondern die heutige Arbeitslosenfrage war voranzusehen, war auch voranzusehen, ohne daß wir Genf oder etwas ähnliches gehabt hätten, und zwar war die Arbeitslosenfrage deshalb voranzusehen, weil wir bereits vor zwei Jahren eine Rohstoffkrise in Österreich gehabt haben, eine Rohstoffkrise, die nicht beseitigt wurde, in deren Gefolgschaft erfahrungsgemäß bei der industriellen Entwicklung eine Arbeitskrise kommt. Des weiteren war die Arbeitslosenkrise aber auch voranzusehen, weil zur Zeit der Hochkonjunktur in Österreich, zur Zeit, wo hier die Valuta regiert hat, die Arbeiterschaft, geführt von Führern, die Ihrer Richtung nahestehen, wenigstens einzelne Zweige der Arbeiterschaft, in der Lohn- und Besoldungsfrage auf falsche Wege geführt wurden und weil sich daraus ein Zustand entwickelt hat, der zwischen Produkt und Lohn eine zu große Differenz geschaffen hat. Die Arbeitskrise war aber auch voranzusehen, weil sich ja die ganze Weltwirtschaft nach einer Richtung hin entwickelt hat, die zu einer geringeren Beschäftigung der einzelnen Zweige der Bevölkerung führen mußte. Es ist aber auch noch ein anderer Umstand, der vielleicht, speziell bei uns in Österreich, zu einer Vergrößerung, zu einem früheren Hereinbrechen der Krise ganz wesentlich beigetragen hat. Das ist, daß der ehemalige Zustand, den wir auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit hatten, die sogenannte Armenfürsorge der Gemeinde — denn der sind doch diese Angelegenheiten früher unterstanden — dem Staat übertragen wurde und daß der Staat durch seine Gesetzgebung eine Belastung beider Teile, der

Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft geschaffen hat, die in ihrer höheren prozentuellen Auswirkung die Unterbindung der österreichischen Konkurrenz gegenüber der Auslandskonkurrenz im gegenwärtigen Augenblick herbeiführen mußte, weil eben die Kosten für diese Armenfürsorge auf ganz andere Kreise überwältigt wurden, anstatt auf jenen zu bleiben, die sie vor dem Kriege zu tragen hatten. Es ist auch richtig, daß im Staate selbst sich eine Reihe von Zuständen herausentwickelt hat, die insbesondere auf dem privaten Arbeitsmarkte zu einer Konkurrenz führten und so die Beschäftigung der privaten Arbeiterschaft auch zum Teil einschränkten. Ich erinnere daran, daß heute einzelne Staatsangestellten Gruppen, einzelne Staatsangestelltenberufe beinahe durchgehend neben ihrer Beschäftigung für den Staat auch in der Privatwirtschaft Nebenbeschäftigung haben. Es mag das vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß infolge der unglücklichen Angestelltenpolitik nach dem Zusammenbruch eine auskömmliche Existenz, insbesondere für Familien-erhalter in der neueren Zeit nicht mehr vorhanden war und dadurch auch die Festangestellten auf den privaten Arbeitsmarkt getrieben wurden, aber eine Konkurrenz, die früher nicht vorhanden war, blieb das jedenfalls.

Der Staat hat nun versucht, in zwei Richtungen in das Problem der Arbeitslosigkeit einzugreifen und hier eine Linderung herbeizuführen. Er hat einerseits die Arbeitslosenunterstützung und in der späteren Folge die Arbeitslosenversicherung geschaffen und hier durch eine, wenn auch an und für sich genommen, geringfügige Unterstützung versucht, den Arbeitslosen wenigstens das tägliche Brot zu bezahlen, man könnte eigentlich sagen, aus der Versicherung heraus rückzuvergüten. Es ist allen klar, daß eine solche Versicherung immer eine Unter-versicherung bleiben wird, daß sie nie zu jener Höhe aufsteigen kann, die dem Arbeitslosen die vollständige Existenz ersetzen würde, weil einerseits das Risiko und andererseits die Prämien aus dem Risiko heraus zu groß würden. So hat der Staat versucht, auf einem zweiten Wege der Arbeitslosenkrise beizukommen. Es ist die Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge angeschnitten worden und wir haben aus den Ausführungen des Herrn Ministers soeben gehört, daß auf einzelnen Gebieten vom Staate gewiß versucht wurde, etwas zu leisten. Ich möchte hier gleich feststellen, daß alles produktive Arbeitslosenfürsorge ist, was der Staat im außerordentlichen Bedarf aufwendet oder durchführt. Wenn heute hier von einem Redner auf die Gemeinde Wien hingewiesen wurde, so muß ich sagen, daß ich mir das, was durch die Presse gegangen ist, angesehen habe, daß ich aber nur finden konnte, daß es sich hier um ganz normale jährliche Aufwendungen handelt, die in diesem Falle heraus-

gehoben und als besondere Arbeitslosenfürsorge hingestellt wurden. Ich glaube, wenn die Regierung daselbe täte, würde sie sicherlich auch zu großen Aufwendungen für die Arbeitslosen kommen. Aber aus der Zahl und dem Einflusse, den die bisherigen Arbeiten auf dem Gebiete produktiver Arbeitslosenfürsorge gezeigt haben, ist klar ersichtlich, daß Außerordentliches auf diesem Gebiete weder von der Gemeinde Wien noch sonst von jemandem für die Arbeitslosen geleistet worden ist. Ich stelle aber auch die Behauptung auf, daß alle diese künstlichen Mittel nicht imstande sind, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bannen, daß überhaupt alle künstlichen Mittel in irgendeiner Form und bei irgendeinem Zweck angewendet, vielleicht vorübergehend eine kleine Erleichterung schaffen, auf die Dauer aber nie imstande sind, das Elend und die Not, die aus irgendwelchen Zeitereignissen heraus geboren werden, zu bannen. Wenn hier Hilfe geschaffen werden soll, so müssen ganz andere Wege gegangen werden. Vor allem besteht hier bereits ein Weg, ein Weg, der gegenwärtig allerdings mit einer gewissen Härte in Erscheinung tritt, der aber in seiner Entwicklung auch seine guten Seiten zeigen wird. Das ist der Weg, der uns zu einer gesunden Staatswirtschaft führt. Eine gesunde Staatswirtschaft ist die beste Unterlage für eine Entwicklung der Privatindustrie, für eine Entwicklung des Handels und Verkehrs und des Gewerbes im Privatleben und damit die beste Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Ich verhehle mir nicht, daß hier besonders für die nächste Zeit die Herstellung der Handelsbeziehungen mit dem Auslande, vor allem mit den Nachbarstaaten, ungemein viel dazu beitragen kann, die Arbeitsmöglichkeiten im Innern unseres Staates zu verbessern und so auszugestalten, daß die Arbeitslosenfrage zu einer Frage untergeordneten Ranges wird.

Ich mache aber darauf aufmerksam, daß meiner vollsten Überzeugung nach neben allen diesen Erscheinungen noch ein weiterer Umstand von größtem Einfluß auf die Arbeitslosenfrage ist, das ist der hohe Zinsfuß, den wir heute in Österreich haben, das sogenannte Geldproblem. Unsere Produktion, unser Handel und unser Verkehr kann auf die Dauer nicht konkurrenzfähig gestaltet werden, er kann nicht existieren und sich nicht entwickeln, er ist dadurch auch nicht imstande, den Arbeitslosen Arbeit zu geben, wenn der heutige Zinsfuß bis 250 Prozent aufrechterhalten bleibt. Ich habe schon früher gesagt, ich bin kein Anhänger von Gewaltmitteln. Gegenüber dieser Kapitalkraft, wie ich es nennen möchte, die so große Schäden verursacht, die auch so sehr zur Arbeitslosigkeit beiträgt, müßte man aber doch mit allen Mitteln auftreten, um zu normalen Verhältnissen zu gelangen.

Einer der früheren Redner hat auch angeführt, daß wir immer versuchen, die Landwirtschaft zu schonen. Ich gebe zu, daß die bäuerlichen Kreise und auch andere vernünftige Kreise im gegenwärtigen Augenblicke der Landwirtschaft ein besonderes Augenmerk zuwenden. In Österreich ist die Landwirtschaft ein Unterbau, auf dem unser Staat zum großen Teile fundiert ist. Ich glaube aber, daß man der Landwirtschaft auch deshalb ein größeres Augenmerk zuwenden sollte, weil eine gute Landwirtschaft gar wohl imstande ist, die Tausende und Zehntausende von Kräften, die im Laufe der Jahre nach dem Zusammenbruch aus der Landwirtschaft in die Industrie und in die Städte gekommen, die insbesondere beim Zerfall des Heeres in den Städten verblieben sind, wieder aufnehmen, so daß also diese Kräfte, die doch ursprünglich landwirtschaftliche Kräfte waren, der Landwirtschaft wieder zugeführt werden können. Gerade diese Art der Arbeitslosenfürsorge, die der Landwirtschaft entnommenen Kräfte ihr wieder nutzbar zu machen, halte ich für eine der vornehmsten Aufgaben, weil daraus auch für den Staat und für das Volk zugleich Nutzen erwächst.

Ich resumiere also: Es ist meine vollste Überzeugung, daß jede direkte Arbeitslosenunterstützung seitens des Staates, sei sie produktiver oder geldlicher Natur, nur ein Hilfsmittel ganz untergeordneten Ranges ist. Die wirkliche Arbeitslosenunterstützung und die wirkliche Hilfe für die Arbeitslosen, die auch im Interesse des Staates wie des Volkes und der Arbeitslosen gelegen ist, besteht darin, daß wir die Privatwirtschaft wieder dazu bringen, daß sie konkurrenzfähig ist, und zwar nicht nur im Inlande, sondern auch im Ausland und dadurch imstande ist, alle jene zu beschäftigen, die heute ohne Arbeit sind. Wenn auch bei einer solchen Feststellung von der anderen Seite eine Einwendung erhoben wird, so ist das meiner Überzeugung nach ein Zeugnis dafür, daß dort nur der Augenblick erfaßt wird, daß aber das eigentliche Problem der Arbeitslosigkeit und das eigentliche Problem des Aufbaues unseres Staates und unsere Privatwirtschaft, das mit der Arbeitslosigkeit aufs innigste verknüpft ist, auf der anderen Seite nicht verstanden wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Damit ist die Debatte abgeschlossen und es wird zum Schluß der Sitzung geschritten.

An Stelle Scheffauer als Mitglied und Gruber als Ersatzmann des Heeresausschusses und Frau Freundlich als Ersatzmitglied des Finanz- und Budgetausschusses werden gewählt Gruber, Otto Mayr und Glöckel.

Es werden zugewiesen folgende Anträge:
B. 1380 dem Ausschusse für Erziehung und Unter-

richt, B. 1385, 1388, 1389, 1391, 1392, 1393, 1395 dem Finanz- und Budgetausschusse, B. 1377, 1384, 1386 dem Justizauschusse, B. 1379 dem Ausschusse für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten, B. 1387 dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft, B. 1378, 1383, 1390 dem Ausschusse für soziale Verwaltung.

Nächste Sitzung Dienstag, den 27. Februar, 3 Uhr nachm.

L. D.: Erste Lesung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1923 (II. Entwurf).

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 35 Min. nachm.